Völkischer Beobachter

Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Erscheint täglich. Bezugspreis im Inland durch die Post monatlich M. 4500,—, unter Streifband monatlich M. 6500,—. Anzeigen-Annahme nur Schellingstraße 39/I u. aufliegendem Tarif. Schriftleitung: München, Schellingstr. 39/I. Fernruf 23685, 27460. Sprechstunden: Täglich nur von 10—11 Uhr vorm.

Herausgeber: Dietrich Eckart

Geschäftsstelle München: Thierschstraße 15, / Fernruf 20647, / Drahtanschrift: „Beobachter München". / Geschäftszeit: Vormittags 8-12, nachmittags 2-6 Uhr, Samstag 8-1 Uhr. / Postscheckkonto Frz. Eher Nachfolger, G. m. b. H., München 11346, / Bankverbindung: Hansabank e. G. m. b. H., München, Herzog-Wilhelmstraße 12, Postsparkasse Wien, Konto 79931, Franz Eher Nachfolger, G. m. b. H.

Streifbandbezugsgebühr für April im Ausland: Österreich Kr. 25000,-, Ungarn Kr. 1500,-, Tschechoslowakei 12 KC., England u. bisher. deutsche Kolonien 4 sh., Jugoslawien 40 Dinar, Italien 10 Lire, Holland 1½ f, Verein. Staaten 1 Dollar, Schweiz u. die übrigen dem Weltpostverein angeschl. Staaten 3 Schwz. Franken

63. Ausg., 37. Jahrg. — München (Dienstag), den 10. April 1923 — Preis 200 Mark

Heute! Heute!

Dienstag, den 10. April

findet die erste der großen

Riesenversammlungen im Zirkus Krone

statt. Es wird sprechen unserer Führer

Pg. ADOLF HITLER

über:

„Deutschland am Scheidewege".

Mit dieser Riesenkundgebung wird eine große Vortragsreihe eingeleitet werden, die die Notwendigkeit der Gründung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, die Richtigkeit ihres Programms größten Massen beweisen soll.

Wir rechnen damit, daß der gesamte Vortragszyklus unseres Führers Adolf Hitler zu einem einzigen riesenhaften Massenbesuch und Massenerfolg werden wird.

Deutsche aller Berufe und Stände, erscheint!

F. J. M. Rehse Archiv f. Zeitgeschichte u. Publizistik München

Wer steckt dahinter?

Wie wir von durchaus vertrauenswürdiger Seite erfahren, lief am 22. v. M. in der Wucherabwehrstelle ein Rundschreiben herum, kraft dessen es den Beamten verboten werden sollte, eine für sie von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei einberufene Versammlung zu besuchen. Als dann von einem Beamten schärfste Verwahrung dagegen eingelegt wurde, daß man sich anmaße, den Beamten Vorschriften über die Verwendung ihrer freien Zeit zu machen, verschwand dieser „Schrieb". Nachher erfuhr man, daß auch unter den Beamten auf der Polizeidirektion ein solches Rundschreiben herumgeschickt wurde, aber gleichfalls infolge des entschiedenen Einspruches, dem es begegnete, verschwand.

Wer steckt nun hinter diesem Rundschreiben, das die sogenannten Errungenschaften der Republik wieder einmal in besonders hellem Lichte erscheinen läßt? Erinnern wir uns daran, daß unterm 3. Juli v. J. das bayerische Staatsministerium des Innern an die „Regierungen, Kammern des Innern, rechts des Rheins" unter „Betreff: Antisemitische Propaganda" einen Judenschutzerlaß hinausgab, den wir in Ausgabe 59/60 unseres Blattes wörtlich abdruckten.

Sollte hinter dem eingangs erwähnten Rundschreiben nicht dieselbe „Schweverei" stecken? Auf eine Antwort werden wir allerdings vergeblich warten, denn dem Herrn Staatsminister des Innern sind bekanntlich solche Anfragen „äußerst unsympathisch."

Das Protokoll über das Essener Blutbad

tu. **Berlin**, 8. April. Die Aussagen die die Mitglieder des Kruppschen Betriebsrates, Angestelltenrat Kühnen, Arbeiterrat Müller und Arbeiterrat Schlüter, an Berliner zuständiger Stelle über das Essener Blutbad gemacht haben, sind in einem Protokoll festgelegt worden. Die Betriebsratsmitglieder schildern in diesem Protokoll, wie sie ihr möglichstes getan haben, um einen Zusammenstoß zu verhindern, und erklären u. a.: Die steigende Unruhe der Massen veranlaßte das Betriebsratsmitglied Müller, nochmals kurz vor 11 Uhr zu dem Offizier zu gehen. Er bat ihn dringend abzuziehen. Der Offizier lehnt edas entschieden ab und betonte nochmals, daß, wenn die Massen den Eingang der Halle überschreiten würden, er Feuer gebe. Müller stieg auf den Rücken eines Arbeiters und versuchte den Anwesenden den Ernst der Situation und die Worte des Offiziers klarzulegen. Er konnte sich jedoch kaum verständlich machen, da die Unruhe zu groß war. Nachdem er wieder abgestiegen war, sah er, wie ein Mann mit einer Latte in der Hand, die etwa einen halben Meter in der Länge und 20 Millimeter im Quadrat hatte, vom linken Flügel aus sich an der Wand aufstellte, und der ruhig stehenblieb. Darauf beugte sich der Offizier zu dem Lauf des Maschinengewehres und drückte denselben etwas herunter. Anschließend hieran entstand wieder eine Bewegung in der Menge, die die Wirkung hatte, daß etwa 10 Mann der äußeren Flügel etwa einen halben Meter in den Toreingang vorgedrückt wurden. Hierauf ließ der Offizier feuern. Das Betriebsratsmitglied Müller nahm zunächst an, daß es sich um Schreckschüsse handle. Müller sah zu den Franzosen hin und sah, wie das Maschinengewehr aufgerafft wurde. Im gleichen Augenblick aber war es um ihn geschehen. Außer dem getöteten Zander und Göllmann lagen links und rechts Menschen aufgeschichtet in etwa 3—4 Meter Höhe, unter denen das Blut hervorquoll. Die Masse war im Zurückweichen und befand sich in wilder Flucht bereits hinter dem Haufen der Gefallenen. Die Franzosen kamen jetzt in Schützenlinie stets feuernd aus der Halle heraus und schossen in die fliehende Menge. Auf der Straße stellten sie das Schießen ein und zogen nach der Stadt ab.

Die von den Franzosen behauptete Provokation durch das Direktorium von Krupp ist durchaus unzutreffend. Die Maßnahmen der Arbeitsniederlegung und des Heulens der Sirenen nen sind von dem Direktorium und dem Betriebsrat gemeinschaftlich veranlaßt worden und hatte lediglich den Zweck einer friedlichen Demonstration. Die Direktoren tragen ebensowenig die Schuld an dem Blutbad vom 31. März wie der Betriebsrat. Schuld allein trägt der französische Militarismus.

Streikkundgebung für die Essener Opfer

tu. **Köln**, 9. April. Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen des altbesetzten Gebietes haben einmütig beschlossen, daß zur Stunde der Beerdigung der bei dem Zwischenfall auf der Kruppschen Fabrik Getöteten am Dienstag, den 10. April zwischen 9 und 10 Uhr vormittags im altbesetzten Gebiet jede Arbeit ruht.

Neue Eingriffe der Franzosen

tu. **Karlsruhe**, 9. April. Am Samstag erschien beim Hafeninspektor in Karlsruhe und bei dem deutschen Unterdelegierten der Internationalen Schiffahrtskommission eine Kommission und erklärte, daß sämtliches Holz, welches in den Häfen von Mannheim und Karlsruhe liege, beschlagnahmt sei. Man unterbreitete den Entwurf eines Protokolls über die Eröffnung der Beschlagnahme; die deutschen Beamten lehnten aber die Unterzeichnung des Protokolls ab.

Eine unerhörte Ausweisung

tu. **Berlin**, 9. April. Wie die „B. Z. am Mittag" erfährt, ist der Geh. Legationsrat Zechlin von der Presseabteilung der Reichsregierung in Düsseldorf nach achttägiger Haft von den Franzosen mit einem Ausweisungsbefehl aus dem Gefängnis entlassen worden. Als Grund der Ausweisung wurde angegeben, daß er die französische Propaganda durch deutsche Gegeninformationen behindert (!) und verbotene Schriften bei sich geführt habe. Geheimrat Zechlin ist gestern in Berlin eingetroffen.

Neue Verhaftung durch die Franzosen

Als weiteres Opfer französischer Willkür ist Oberpostinspektor Keller in Neustadt a. H. verhaftet worden.

Eine Geldbuße von 105 Millionen für einen franz. Soldaten

tu. **Essen**, 8. April. Für die Ermordung des französischen Soldaten Schmidt, der am 18. März in einem Keller des Hauptbahnhofes erschossen wurde, ist der Stadt Essen, ohne daß die Mordtat überhaupt aufgeklärt ist, eine binnen 10 Tagen zahlbare Geldbuße von 105 Millionen Mark auferlegt worden. Für die Zahlung werden haftbar gemacht: Beigeordneter Bede, Beigeordneter Küppers und Beigeordneter Dr. Hüttner.

Französische Willkürherrschaft in Gelsenkirchen

tu. **Gelsenkirchen**, 9. April. Die Franzosen haben gestern nach zwei Richtungen hin vorgestoßen: einmal haben sie eine neue Aktion gegen die Eisenbahn unternommen, die darauf hinauslief, daß die alte Emscher Talbahn, die von Dortmund über Merklinde nach Herne führt, von ihnen besetzt und stillgelegt wurde. Von Herne haben sie eine direkte Strecke nach Recklinghausen in der Hand, so daß sie auf dieser Zufahrtslinie mitten durch das eigentliche Kohlengebiet ihre Sendungen auf die militarisierte Nordstrecke abschieben können. Den Eisenbahnern wurde bereits ein Ultimatum gestellt, bis heute Montag zu erklären, ob sie in französische Dienste treten wollen; andernfalls wären sie des Dienstes enthoben und hätten ihre Dienstwohnungen sofort zu räumen.

Der zweite Vorstoß richtet sich gegen eine weitere Anzahl von Zechen, und zwar wurden bei Kray die Kokereien der Zechen „Joachim" und „Bonifazius" besetzt. Auf „Bonifazius" stellten die Franzosen Maschinengewehre auf mit der Schußlinie auf die Kokerei. Darauf legten die Arbeiter sofort die Arbeit nieder. Es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß heute auch die Grubenbelegschaft in den Streik treten wird.

Die französische Beute auf „Bergmannsglück"

tu. **Buer**, 9. April. Die Zahl der in französischen Diensten auf der Kokereihalle der Zeche „Bergmannsglück" beschäftigten Zivilarbeiter beträgt augenblicklich 120 bis 150 Mann. In der letzten drei Tagen haben die Franzosen 980 Tonnen Koks verladen, aber schon der Abtransport dieser geringen Menge stößt auf große Schwierigkeiten; man hört immer mehr von Verstopfungen in der französischen Eisenbahnregie, augenscheinlich ist auch die Verladetätigkeit auf Zeche „Bergmannsglück" ins Stocken gekommen.

Loucheurs Mission in England

tu. **London**, 8. April. Was Loucheur auf seiner Londoner Reise erreicht hat, geht aus einer zweifellos inspirierten Darstellung des diplomatischen Mitarbeiters des „Observer" hervor. Es heißt darin:

Herr Loucheur ist nach Paris zurückgekehrt, nachdem er hierzulande mit den beamteten und nicht amtlichen politischen führenden Persönlichkeiten während einer Woche aufschlußreiche Unterhaltungen geführt hat. Die wichtigste Unterhaltung war diejenige mit Bonar Law, und zwar deswegen aufschlußreich, weil Herr Loucheur nun zweifellos weiß, daß er noch einen langen Weg zurücklegen muß, bevor er sich dem englischen Standpunkt bezüglich der Ruhrbesetzung bis zu einer Überbrückung der Entfernung genähert hat. Der Standpunkt der englischen Regierung, so führt die halbamtliche Information fort, wurde Herrn Loucheur in größter Offenheit und in dem Sinne klar gesagt, daß jede englisch-französische Annäherung nur ein Ersatz, aber als eine Begleiterscheinung der gegenwärtigen französischen Politik an der Ruhr sein könne. Die englische Regierung könne einer Zerstückelung des Deutschen Reiches weder in roher und offener, noch in verfühter Form unter Zuhilfenahme des Völkerbundes oder der Einführung einer internationalen Verwaltung mit vorherrschender (!!) französisch-belgischer Kontrolle zustimmen.

Hier ist das Wort „vorherrschender" das wichtigste: England möchte nämlich später selbst die Oberaufsicht über die Kolonie „Deutschland" haben.

Neue Bundesgenossenschaft

tu. **Paris**, 9. April. „Matin" veröffentlicht einen offenbar nicht ohne Kenntnis der amtlichen Stellen geschriebenen Artikel, in dem es unter anderem heißt:

Wir haben gestern die Frage gestellt, ob Loucheur der französischen Regierung Vorschläge unterbreiten könne, die geeignet sind, das Aufgeben der britischen Neutralität zu beschleunigen. Auf die gestern gestellte Frage kann man heute antworten: Es sind gute Aussichten vorhanden, daß der englische und der französisch-belgische Standpunkt sich einander nähern, und daß ein Meinungsaustausch zwischen den vier interessierten Alliierten mit Aussicht auf Erfolg schon von Beginn dieser Woche ab eingeleitet werden kann. — Also Einigung über die Teilung der deutschen Haut.

Eine neue Räuberkonferenz

tu. **Paris**, 9. April. Poincaré hat den belgischen Ministerpräsidenten Theunis und den belgischen Außenminister gebeten, sich sobald wie möglich nach Paris zu begeben, um die jüngst in Paris und Brüssel gepflogenen Beratungen über das Reparationsproblem fortzusetzen. Man bringt diese Unterredung mit der Londoner Reise Loucheurs in Verbindung.

Die Schlacht im Wiener Wald

Grundsätzliches über Terror und Antiterror.

Auf dem Exelberg, in der Nähe des beliebten Wiener Ausflugsortes der Sofienalpe, überfielen schwerbewaffnete sozialdemokratische Arbeiterwehren eine nationalsozialistische Sturmtruppe, die dort rein sportliche Geländeübungen durchführte. Es wurden von den Sozialdemokraten etwa 400 Schüsse auf die Nationalsozialisten abgegeben, die jedoch dank der Gefechtstüchtigkeit der Roten Garde keinen nennenswerten Schaden anrichteten. Es ist festgestellt, daß die nationalsozialistische Sturmtruppe keinerlei Waffen bei sich trug, festgestellt, daß der Überfall von den bewaffneten Sozialdemokraten ausging, und schließlich festgestellt, daß die Nationalsozialisten es waren, die die Hilfe der Polizei in Anspruch nahmen, was doch ganz widersinnig wäre, wenn sie die Angreifer gewesen wären, wie es die sozialdemokratische und Judenpresse in Verzerrung der Tatsachen darzustellen bemüht ist. Hätten die 400 Nationalsozialisten auf die 30 sozialdemokratischen Ordner ein Kesseltreiben veranstaltet und gewollt, diese zur Strecke zu bringen, dann hätte doch der Anruf der Polizei dieses Vorhaben gründlich stören müssen. Die sozialdemokratische und Judenpresse lügt aber schon so gewohnheitsmäßig, daß ihr die größten Widersprüche nicht mehr auffallen.

Die „Neue Freie Presse" widmet diesem Kampf im Wiener Wald einen herzerweichenden, rührseligen Leitartikel, der bei der Schönheit der Gegend zwischen Neuwaldegg und Sofienalpe anfängt und über Anzengrubers „Spaziergänge eines Wiener Poeten" bis zur Forderung der Abrüstung der Parteiwehren kommt. Gegen die Schlußfolgerung des genannten Blattes wäre an sich gar nichts einzuwenden. In einem Rechtsstaat sind militärisch organisierte Parteiwehren unmögliche Begriffe. In den Staaten Deutschland und Österreich waren vor dem Weltkrieg solche bewaffneten Parteigarden nicht denkbar. Es mußte erst die gerade von den heute lamentierenden Blättern so begrüßte Revolution kommen, um für die Austragung der Politik mit dem Browning und Gummiknüttel die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Wenn heute die „Neue Freie Presse" und ihre journalistischen Schleppenträger Krokodilstränen vergießen über die Einführung der Gewalt in das innerpolitische Leben, dann muß doch die Frage aufgeworfen werden, warum diese journalistischen Klageweiber nicht schon längst mit ihrem Geheul und Gestenne angefangen haben. Nicht damals, als Sozialdemokraten und Kommunisten Waffen stahlen und sich damit recht kriegerisch ausrüsteten? Als nationalsozialistische Versammlungen immer und immer wieder gesprengt wurden, als Jung in Salzburg und ich in Graz von sozialdemokratischen Stickenhelden niedergeschlagen wurden, da rührte sich die Judenpresse nicht, zuckte mit keinem Obwaschel, noch tunkte einer der krummnasigen Tintenkulis seine Feder ein.

Und die Staatsmacht? Sie hat in Deutschland und in Deutschösterreich fast in allen Fällen vor dem Terror der roten Gasse kapituliert. Es gab doch eine Zeit, wo die berühmte Volkswehr des Landesverräters Deutsch nichts anderes war, als eine vom Staat ausgehaltene Raufgarde der sozialdemokratischen Partei. Die Sprengung völkischer Versammlungen, die Bedrohung nationalgesinnter Persönlichkeiten an Leib, Leben und Eigentum, die Einbürgerung von Zuständen, die die Lynchlustiz der Prärie in mitteleuropäische Hauptstädte verlegte, ließ die ganzen jüdischen Schmöcker ischt kalt bis ins Herz hinein. Ihre Aufregung begann sich erst mit dem Augenblick einzustellen, da die völkischen Parteien, und insbesondere unsere Partei, nachdem die Staatsmacht gegenüber dem Terror der Marxisten so völlig versagte, darangingen, diesem Terror einen Antiterror entgegenzusetzen. Mit Stolz sagen wir es, es war unser Adolf Hitler, der auf diesem Weg München von dem marxistischen Alpdruck befreite. Die Judenpresse, die sehr wohl weiß, daß die roten Parteiwehren vor allem die jüdischen Multimillionäre zu schützen haben, hat, solange die Gewalttaten von den Roten ausgingen, sie mit einem Augurenlächeln quit-

tiert. Erst das Hakenkreuz, das unsere Ordnertruppen tragen, hat sie in tiefinnerste Erregung versetzt, und der Schmock erbrach sich in Sentimentalitäten im Leitartikel der „alten frechen Presse". Dr. Alexander Schilling.

Eine weitere französische Ministerrede

tu. **Paris**, 9. April. Finanzminister De Lasteyrie weihte am Sonntag in Turenne ein Kriegerdenkmal ein, wobei er eine Rede über die Ruhrfrage hielt. Er sagte, Deutschland habe nie den guten Willen gehabt, zu bezahlen. Es habe künstlich die Mark entwertet und milliardenweise Reichsbanknoten auf die ausländischen Märkte geworfen und habe dennoch Geld genug gefunden, um seine Industrie und Wirtschaft wieder aufzubauen. Niemand in Frankreich glaube, daß Deutschland nach Ablauf des erbetenen vierjährigen Moratoriums seine Zahlungen wieder aufgenommen hätte. Deutschland hätte sich seiner inneren und äußeren Schulden entledigen können und die Weltmärkte erobert. Um diese Entwicklung zu verhüten, habe Frankreich die Ruhr besetzt und damit nur das deutsche Beispiel von 1871 nachgeahmt. Frankreich handle im Interesse des Weltfriedens (!!) und werde siegen, denn seine Sache sei die des Rechtes und der Gerechtigkeit.

*

Unsere Gerlach, Förster und Konsorten sind bekanntlich derselben Ansicht!

Keine Räumung des Ruhrgebietes

tu. Paris, 9. April. Wie „Echo de Paris" behauptet, hat **Poincaré am Samstag der Brüsseler Regierung eine telegraphische Mitteilung zugehen lassen. Pertinax glaubt, über den Inhalt dieser Mitteilung folgende Angaben machen zu können: 1. Der frühere Minister Loucheur ist mit keiner Mission betraut, 2. die Reparationspolitik der französischen Regierung ist in keiner Weise geändert. Die französischen Truppen werden das Ruhrgebiet nicht räumen, bevor die Reparationen vollkommen bezahlt sind. Was die endgültige Ziffer der deutschen Schuld angeht, so hält der Ministerpräsident an seinen früheren Erklärungen fest. Frankreich wird keine neue Reduktion seiner Rechte zulassen, ist aber bereit, eine Annullierung der Bons an Kompensation für die Summen anzunehmen, die es England und Amerika schuldet.**

Franzosentum

tu. Karlsruhe, 9. April. Wie die „Badische Presse" meldet, wurde der Radfahrerverein „Wanderlust" aus Knielingen auf der Heimfahrt von einem Ausflug von den Franzosen belästigt. Der Fabrikarbeiter Hermann Weber aus Maxau wurde vom Rad gerissen. Als er wieder aufsteigen und weiterfahren wollte, schossen die Franzosen nach ihm. Weber stieg nun wieder ab und blieb stehen. Jetzt rissen ihm die Franzosen die Kleider vom Leib, banden ihn an einen Baum und schlugen ihn mit Reitpeitschen. Erst nach zweistündigen Mißhandlungen wurde er entlassen.

Bonar Law zurück

tu. **London**, 9. April, Bonar Law ist gestern von seinem Erholungsurlaub nach London zurückgekehrt.

Die Pest in Indien

tu. Paris, 9. April. Aus Singapore wird gemeldet, daß die Pest in Pundri, in den Zentralprovinzen und in Bombay und Delhi wüte. Mehr als tausend Personen seien im Süden der angeführten Distrikte dahingerafft worden. — Es ist nicht unwahrscheinlich, daß hier eine englische Volksvergiftung vorliegt.

Der Vatikan und das Moskauer Bluturteil

tu. **Rom**, 9. April. **Der Heilige Stuhl wird gegen das Urteil, das in** Moskau an dem Prälaten Budkiewicz vollstreckt wurde, nicht protestieren. Der „Osservatore Romano" meint, die **beste Antwort auf diese Maßlosigkeiten** der Moskauer Regierung **sei Schweigen.** Im übrigen **werde der Heilige** Stuhl sein Hilfswerk zugunsten der notleidenden Bevölkerung Rußlands fortsetzen, als wäre nichts geschehen.

Sowjet-Judäa hat durch das Bluturteil **eine Drohung an die katholische Kirche aussprechen wollen. Es berührt merkwürdig, daß von einem Protest hier abgesehen wird.**

Ein gefährlicher Gast

tu. **Rom**, 9. April. Die italienische Regierung hat es für zweckmäßig gehalten, den früheren montenegrinischen Kriegsminister Plamenate zu bitten, aus Gründen der öffentlichen inneren Ordnung Italiens das Land zu verlassen.

In Deutschland bleiben die Dard und Konsorten unbehelligt.

Zu dem Zwischenfall Dr. Neurats

tu. **Rom**, 9. April. **Der Ministerpräsident Mussolini hat dem deutschen Botschafter Dr. Neurath sein herz**lichstes Beileid zu dem Zwischenfall ausgesprochen, der seinem Sohne zugestoßen ist. — **Vom Fang der Attentäter ist nichts zu hören.**

Der Zankapfel Fiume

tu. **Rom**, 9. April. **Mussolini hat** im gestrigen Ministerrat erklärt, daß Italien keinem Abkommen hinsichtlich **des Freistaates Fiume beitreten könne, das nicht die vollständige Einheit des Hafensystems Fiume, wie sie vor dem Kriege bestanden hat, anerkennt.**

In der türkischen Frage seien **die Verbündeten darin einig, eine Trennung der wirtschaftlichen von den politischen Fragen nicht zuzulassen und die Forderung der Türkei, daß Italien ihr die Insel Kastellericon abtrete, nicht zu erfüllen.**

Die türkische Antwortnote

tu. Paris, 9. April. Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß die türkische Antwortnote den verbündeten Oberkommissaren gestern nachmittag ausgehändigt worden sei. Die Note ist im allgemeinen in versöhnlichem Tone gehalten. Es wird darin von der Erklärung der verbündeten Mächte Kenntnis genommen, wonach diese bereit seien, über die in der Note vom 19. März hervorgehobenen Punkte und die dazu gehörigen Gegenvorschläge zu beratschlagen. Die Türkei könne nicht umhin, ihrer Überraschung darüber Ausdruck zu geben, daß die Verbündeten dazu neigten, hinsichtlich der im türkischen Gegenvorschlag abgegebenen Erklärung über die Gerichtspflege in der Türkei die Diskussion zu eröffnen. Die Türkei sei der Ansicht, **daß diese sehr wichtige Frage** in vollem Einverständnis mit den **Verbündeten geregelt worden sei. Weiterhin gibt die Note der Befürchtung** Ausdruck, daß, nachdem die Mächte **nach der Unterbrechung der Lausanner Konferenz zu der Abtrennung der Inseln ihre Zustimmung gegeben hätten, jetzt nicht davon abkommen würden, was den Frieden erschweren oder sogar verzögern könnte.** Schließlich wird **in der Note dem Wunsch und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Verhandlungen nunmehr am 23 April in Lausanne wieder eröffnet werden.**

„Deutsches" Reich

Dr. Cuno über die öffentliche Meinung in Italien

tu. **Rom**, 8. April. Zu einem **Vertreter des „Giornale d'Italia"** äußerte der Reichskanzler Dr. Cuno seine freudige Genugtuung darüber, daß die öffentliche Meinung in Italien den **Widerstand des deutschen Volkes** gegen die französisch-belgische Herausforderung billige. Auch Mussolini erkenne, **daß mit den bisherigen Methoden an der Ruhr nichts zu erreichen sei. Wenn** irgend jemand künstlich den Pangermanismus züchte und eine künftige Weltkatastrophe vorbereite, so sei dies allein die Gewaltpolitik Frankreichs, insonderheit **Poincarés. 70 Millionen Deutscher könnten nicht unterdrückt** werden. Deutschland gegenüber sei nur eine **Politik** der Versöhnung möglich.

*

Mit Verlaub, Herr Reichskanzler, die 70 Millionen werden ja heute vor aller Welt unterdrückt. Zudem unter Ihren Augen im Lande selbst **noch verhöhnt und verraten. Sie scheinen nichts davon zu merken.**

Das Verbot der „Roten Fahne"

tu. **Berlin**, 8. April. Halbamtlich **wird mitgeteilt: Das Polizeipräsidium** von Berlin hat die „Rote Fahne" mit ihrem Montagblatt für die Dauer von zwei Wochen verboten. Das Verbot stützt sich **auf die § 21 und 17** in Verbindung mit § 8 Ziff. 1 des **Gesetzes zum Schutze der Republik.** Der **Berliner Polizeipräsident** hat ferner die in dem gleichen Verlag wie die „Rote Fahne" erscheinenden kommunistischen Provinzblätter verboten. — **Vom Verbot der kommunistischen Partei ist nichts zu lesen! Nicht mal die schmierigen Redakteure sind vor den** Staatsgerichtshof geladen! **Der ist nur für Deutsche da...**

Das schwache Ergebnis der Dollarschatzanleihe

tu. **Berlin**, 9. April. Obwohl **von einigen unwesentlichen Zeichnungsstellen noch keine endgültigen Angaben vorliegen, läßt sich, wie der „Deutsche Handelsdienst" erfährt, hinsichtlich der Dollarschatzanleihe schon jetzt übersehen, daß nicht mehr als 12,6 Millionen Dollar insgesamt gezeichnet worden sind. Genaue statistische Angaben über die Zeichnung in den einzelnen Bezirken usw. sind erst in einem späteren Zeitpunkt zu erwarten, da die zuständige Abteilung der Reichsbank sehr mit Arbeit überlastet ist.**

Damit ist gezeigt, daß man das Wesen der Verelendungsanleihe in weiten Kreisen erkannt hat.

„Es muß verhandelt werden"

Der bekannte Führer der allerchristlichsten „Bayer. Volkspartei", Domkapitular Leicht, erklärte kürzlich in einer Rede zu Würzburg: es müsse einmal verhandelt werden, wenn auch die Schwierigkeiten groß seien.

Damit ist die sorgsam gehütete Katze **aus dem Sack gelassen worden. Ist der „Eventualfall" des Dr. Heim in Aussicht? Soll Dr. Heim wieder seinen Koffer packen und mit Degoutte, Desvignes** oder einem anderen General der französischen Humanitätsarmee **über französischen Schutz vor einem bolschewistischen Norden verhandeln?**

Der Marxismus wird sich über seine Waffenbrüder freuen.

Und Poincare ebenfalls, wenn er die neuen Erzbergers am Werke sieht.

Herr Cuno und die Töchter Zions

Gelegentlich **des Reichskanzleremp**fanges in Stuttgart, schreibt das „Stuttgarter Neue Tageblatt" in seiner Nr. 126, daß der **Kanzler**, freundlich grüßend nach allen Seiten, vom Jubel der Bevölkerung begleitet, durch die Straßen der Stadt gefahren sei. Er wird vermutlich ebenso freundlich gelächelt haben wie in München, denn er hat ja dazu allen Grund: unter seinem Zepter ist das Ruhrgebiet besetzt worden, werden täglich Deutsche vergewaltigt und ist das Leben deutscher Arbeiter hingemordet worden. Das sind immerhin **Gründe, über die ein deutscher Reichskanzler** freundlich lächeln kann. Dann hat der Berichterstatter mit **Wohlgefallen am Reichskanzler** das „große blaue Auge" bemerkt, „das der hochragenden, schlanken Gestalt mit **dem stark angegrauten Blondhaar etwas ausgesprochen Germanisches verleihe". Dieses ausgesprochen** Germanische veranlaßt aber diesen Zeitungskuli im selben Atemzuge zu der weiteren Feststellung, daß die Stadtzinkenisten vom Stiftskirchenturm herab sinnig bliesen: „Tochter Zion, freue dich!"

Nicht nur die Tochter Zions, sondern alle Töchter Zions werden sich über den Herrn Reichskanzler gefreut haben, vermutlich wissen sie, warum. Wir aber glauben, daß einst der Tag kommen wird, wo der Herr Reichskanzler mit den Töchtern Zions um die Wette weinen wird, und sie werden ebenfalls wissen, warum.

Die amerikan. Arbeiterbewegung

„Ihre Arbeiterführer, lieber Freund, soweit sie sozialistisch-doktrinär sind," **so schreibt mir der Führer einer der bedeutendsten amerikanischen Gewerk**schaft, „haben nie die amerikanische Arbeiterbewegung, ihre Ziele und Zweckverfolgung, ja nicht einmal ihre innere Struktur begriffen..., weder Liebknecht jun., der ja damals so enttäuscht **von uns nach Deutschland** zurückkehrte, noch Legien..., beide **haben im Anschluß an ihren Besuch** bei uns so sonderbare Betrachtungen über unsere Bewegung, über die einzelnen Gewerkschaften, einzelne Führer und Einrichtungen angestellt"...

Nein, sie haben bis zum heutigen Tage nicht die amerikanische Arbeiterbewegung begriffen, weder die **genannten** beiden deutschen Führer, noch die **heutigen**, deshalb schritten sie von Mißerfolg zu Mißerfolg in **ihrem Bemühen, die American Federation of Labor für ihre Wünsche und Ziele zu gewinnen. Die geographische Lage des Landes, der geschichtliche Werdegang des Landes,** seiner Gesellschaft, seines wirtschaftlichen Lebens, seiner Presse, seiner Korruption in Politik, die eigenartige Zusammensetzung der Gewerkschaften, die vielen Nationen angehörenden Arbeiter, die in den Federationen zusammengeschlossen sind, die Psyche der Leute, die politische Entwicklung des Landes, seine Tradition usw., ach alle diese Dinge blieben den meisten der doktrinär gerichteten deutschen Arbeiterführer ein Buch mit sieben Siegeln. Warum? — dies darzustellen würde hier zu weit führen. Jedenfalls der auffallendste Zug der amerikanischen Arbeiterbewegung im Gegensatz zu den Strömungen in der Arbeiterschaft Europas ist die Ablehnung sozialistischer Tendenzen. Die Lehren eines Marx und Lassalle haben nur bei einer ganz verschwindenden Minderheit amerikanischer Arbeiter Verständnis gefunden und — da die Extreme sich berühren — bei einer Reihe von — jüdischen Milliardärsöhnchen, die sehr „progressive" Aufsätze für linksorientierte Blätter schreiben! — —

Gewiß, diese Elemente haben schon manche unliebsame Überraschung den amerikanischen Gewerkschaften bereitet, manchen Theaterdonner inszeniert, aber eine eigentliche **Rolle werden sie,** so gern sie **es möchten, auf absehbare** Zeit nicht spielen. Sie spekulieren auf „Überraschungen". — Der Jude Moris Hillquith gibt in seiner auch ins Deutsche übertragenen „Geschichte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten" recht nette Aufschlüsse hierüber. „Überraschungen" waren ja auch bei uns einst sehr beliebt, als man noch in der Minderheit war und Kladderadatsche erhoffte (vgl. hierzu Parvus, „Die Glocke", München, Nr. 1, 1915). **Auch Parvus ist Jude.** Solche **radikalen Tendenzen finden aber jedenfalls in den industriell hochentwickelten östlichen und mittleren Staaten der Union wenig Anklang. Achtzig Prozent der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der Vereinigten** Staaten sind in der American Federation of Labor vereinigt, davon gehören über 12 Prozent den vier streng konservativen **großen** Eisenbahngewerkschaften an, die das gelernte Personal der Eisenbahnen umfassen; für die radikaleren Arbeitergruppen bleibt demnach nur eine geringe Zahl übrig. Gewiß, das war in England einst ähnlich, aber — — Amerika ist nicht England! Überdies hat Amerika keinen Weltkrieg durch Jahre mitgemacht, sondern nur zum Schluß! Die größte amerikanische Gewerkschaft ist die der Bergarbeiter mit über 400 000 Mitglieder.

Es ist bekannt, daß allerdings die American Federation of Labor eine

---

Rabbi Elieser der Große: „Wer seine Mutter im Traume beschläft, der darf auf Vernunft hoffen. Wer eine verlobte Jungfrau beschläft, darf auf die Thora hoffen. Wer seine Schwester im Traume beschläft, darf auf Weisheit hoffen. **Wer das Weib eines Mannes im Traume beschläft, der darf sich versichert halten, daß er ein Sohn der zukünftigen Welt ist ... Wer eine Gans im Traume sieht, der darf auf Weisheit hoffen. Wer sie beschläft, der wird ein Schuloberhaupt werden." — Rabbi Asche: „Ich sah eine solche, beschlief sie und gelangte zu Würde..."**

Bab. Talmud Barachot 56 b.

„Der Teufelsschüler"

(Münchener Schauspielhaus.)

Ob sie ihr wohl hängen werden, sagte der Feldmarschall Wrangel tiefsinnig zu seinem Adjutanten, als er an der Spitze seiner Truppen 1848 in dem aufständischen Berlin einritt. Die Stettiner hatten ihm nämlich gedroht, daß sie seine Frau aufknüpfen würden, falls er gegen die Berliner Revolutionäre vorgehen sollte. Ob sie ihn, den Richard Dudgeon, wohl hängen werden, fragt sich der Zuschauer vom zweiten Akte bis zum Schluß der historischen Komödie „Der Teufelsschüler" von Bernard Shaw, die am verflossenen Samstag zum ersten Male im „Münchener Schauspielhaus" gegeben wurde.

Die Handlung spielt 1777 in Websterbridge während des amerikanischen Freiheitskrieges; der geniale Satiriker exponiert sie mit einer feierlich-komischen Testamentseröffnung, die uns die Aussicht auf einen saftigen Familienzwist eröffnet, allein es kommt, wie stets bei Shaw, ganz anders. Das am Ende des ersten Aktes flüchtig angeschlagene Motiv des Aufhängens beherrscht von da an die weitere Entwicklung und wird bis zum Galgen durchgeführt, bis zu dem Augenblick, wo der Henker dem Delinquenten die Schlinge um den Hals wirft, als der Retter in der Person des Pastors Anderson noch rechtzeitig erscheint, um die Hinrichtung zu verhindern.

Die Engländer, die bereits den Onkel Richards aufgeknüpft haben, wollen auch in Websterbridge ein Exempel an den Rebellen statuieren und haben sich zu diesem Zwecke just den Pastor Anderson ausersehen, der aber gerade in seinem Hause nicht anwesend ist, als ihn die englischen Soldaten festnehmen wollen. Sie schleppen an seiner Stelle den Richard Dudgeon mit, das räudige Schaf der ganzen ehrenwerten Familie Dudgeon, in Wirklichkeit aber ein Prachtkerl, der sich für den Pastor opfert. Er ist der Räsoneur der Komödie, durch seinen Mund liest der Dichter der verlogenen Gesellschaft von Websterbridge tüchtig die Leviten. Als zweiter Räsoneur tritt im dritten Aufzug noch der britische General Burgoyne hinzu, und als sich die beiden gar aneinander reiben, da sprüht ein wahres Feuerwerk von Geist und Witz auf.

Mit dieser Komödie, die stürmisch beklatscht wurde, hat das „Münchener Schauspielhaus" voraussichtlich wieder mal ein Zugstück gefunden. Auch mit der Wiedergabe konnte man im großen und ganzen wohl zufrieden sein. Die Aulinger, Hanck und Annaliese Götz sowie Wohlbrück, Verhoeven, Wüstenhagen, Dysing und L. Götz, um nur die Träger der Hauptrollen zu nennen, verdienen ein ehrliches Gesamtlob, desgleichen die Spielleitung von Rudolf Hoch.

J. St—g.

Der wahre K. Marx

Da der Dalai Lama der Arbeiterverräterpartei von seinen Anbetern als Heiliger hochgezogen worden ist, so sei einmal der Schleier von dem Götzen gezogen, damit man seine wahre Physiognomie erkennt. Übrigens paßt der Mann und sein Wirken zum jüdischen Weltprogramm wie der Augapfel in seine Höhle:

1. Der bekannte Nationalökonom, Universitätsprofessor Dr. Georg Adler, übrigens wie Marx ein Jude, weist in seinem Buche „Die Geschichte der ersten sozial-politischen Arbeiterbewegung in Deutschland", so z. B. Seite 255, 257 und 258 die Brutalität der Gesinnung eines Karl Marx erschöpfend nach, der nicht nur den Sturz der russischen Regierung, sondern die **Ausrottung** des russischen, tschechischen und kroatischen Volkes forderte, da diese **konterrevolutionär** gesinnt seien! — und außerdem, daß Prophet Marx und sein Apostel Friedrich Engels — **Intriganten** gewesen sind. Wer das Leben und den Entwicklungsgang Marx' kennt, wird Adler da nur rechtgeben, und Adler war ein gründlicher Kenner von Marx! (Vgl. auch sein Werkchen: „Die Grundlagen der Karl-Marxschen Kritik der bestehenden Volkswirtschaft", Tübingen, 1887.

2. Arnold Ruge, der Herausgeber der Halleschen Jahrbücher, nennt Marx in einem Briefe an seine Mutter vom 17. Dezember 1844 gemeinsam **mit Bernays „Gesindel". (Vgl. A.** Ruges Briefwechsel und Tagebuchblätter. Herausgegeben von Paul Nerrlich. Berlin, 1886, I, S. 385.)

3. **Karl Schurz gibt in seinen „Le**benserinnerungen" ein interessantes Urteil über Marx: „Niemals habe ich einen Menschen gesehen von so verletzender, unerträglicher Arroganz des Auftretens. Keiner Meinung, die von der seinigen abwich, gewährte er die Ehre einer einigermaßen respektvollen Erwähnung (!). Jeden, der ihm widersprach, behandelte er mit kaum verhüllter Verachtung. Jedes ihm mißliebige Argument beantwortete er entweder mit beißendem Spott über die bemitleidenswerte Unwissenheit — oder mit ehrenrührigen Verdächtigungen der Motive dessen, der sie vorgebracht hatte. Ich erinnere mich noch sehr wohl des schneidenden höhnischen Tones, mit welchem er das Wort ‚Bourgeois' aussprach, und als ‚Bourgeois', das heißt als ein unverkennbares Beispiel einer tiefen geistigen und sittlichen Versumpfung, denunzierte er jeden, der seinen Meinungen zu widersprechen wagte."

4. **Sei dem charaktervollen Techow** das Wort gegeben, der seinen radikalen Freunden in der Schweiz von London aus schreibt (der Brief ist veröffentlicht in Karl Vogts Schrift: „Mein Prozeß gegen die ‚Allgemeine Zeitung'", 1860, S. 151 ff.). Nachdem Techow über den Hauptinhalt seines Gespräches mit Marx berichtet, fährt er fort:

„Es ist mir unmöglich, euch den lebhaften Wechsel des Stoffes, die steigende Wärme der Unterhaltung, die Art zu schildern, wie Marx dieselbe beherrschte. **Wir tranken zuerst Porter, dann Claret, d. h. roten Bordeaux, dann Champagner. Nach dem** Rotwein war er vollständig besoffen. Das wir mir sehr erwünscht, denn er wurde offenherziger, als er es sonst vielleicht gewesen wäre. Ich erhielt Gewißheit über manches, was mir sonst nur Vermutung geblieben wäre. Trotz diesem Zustande beherrschte er bis zum Ende die Unterhaltung ... Hätte er ebensoviel Liebe als Haß, ebensoviel Herz als Verstand, dann würde ich für ihn durchs Feuer gehen, trotzdem daß er mir seine vollständigste Geringachtung nicht nur verschiedentlichst angedeutet, sondern zuletzt ganz unumwunden ausgesprochen hat ... Ich bedaure es um unseres Zieles willen, daß dieser Mensch nicht neben seinem eminenten Geist ein edles Herz zur Verfügung zu stellen hat. Aber ich habe die Überzeugung, daß der gefährlichste persönliche Ehrgeiz in ihm alles Gute zerfressen hat. Er lacht über die Narren, welche ihm seinen Proletarierkatechismus nachbeten so gut wie über die Kommunisten à la Willich und die Bourgeois. Die einzigen, die er achtet, das sind die Aristokraten, die reinen und die es mit Bewußtsein sind. Um sie von der Herrschaft zu verdrängen, braucht er eine Kraft, die er allein in den Proletariern findet. Deshalb hat er sein System auf sie zugeschnitten. Trotz aller seiner Versicherade durch sie, habe ich den Eindruck rungen vom Gegenteil, vielleicht gemitgenommen, daß seine persönliche Herrschaft der Zweck all seines Treibens ist."

*

der zuverlässigsten Stützen der zum Kriege mit Deutschland treibenden Kreise — Teile der Führer, und, das mag überraschen, der amerikanischen Hochfinanz — waren. Hermann Müller meinte ja auch einmal im Sommer 1922, daß es die Hauptaufgabe der **deutschen** Sozialdemokratie sei, mit dem **internationalen** Kapitalismus in enger Fühlung zu bleiben. (!) Hüben wie drüben dieselben unterirdischen Kräfte, die sich nur verschieden betätigen. Diesen hat man in Amerika nun auch endlich erkannt, weit vor den Tagen als Collmann seine Schrift „Die Kriegstreiber in Wallstreet" 1915 erscheinen ließ. Wenn in Konsequenz davon, der Gomperschen Kriegsschürerei, auch allerlei Gründe in der Öffentlichkeit für dieses Verhalten der amerikanischen Hauptgewerkschaften angegeben worden sind, so wird man bei näherem Studium der amerikanischen Arbeiterbewegung noch Motive unter der Oberfläche finden, die vielleicht niemals öffentlich ausgesprochen worden sind, manche, die nie ausgesprochen werden können, weil sie eben nur einem kleinen **Führerkreis** bekannt sind, deshalb aber doch instinktiv vom amerikanischen Arbeiter empfunden werden und empfunden wurden, weit vor den Tagen, als Henry Ford in seiner Zeitschrift das jüdische Weltprogramm von 1905 denkbar sachlich behandelte und Parallele auf Parallele ziehen ließ, gegenüber den Ereignissen unserer Zeit. Bei der Masse war zunächst die Pressebildung und die durch diese erzeugte Feindschaft gegen eine sozialistisch-doktrinär gerichtete Arbeiterschaft wie die Deutschlands, und ferner der brutalegoistische Wille jedes einzelnen amerikanischen Arbeiters, an dem Kriege mit Deutschland, ebenso wie der Unternehmer, gut zu verdienen, mitbestimmend. Dazu kommt die glatte Ablehnung sozialistischer Reformideen oder gar des Klassenkampfes oder deren Verquickung mit innerer Politik. So ist es auch kein Geheimnis, daß der einwandernde deutsche Arbeiter von seinen amerikanischen Kollegen heute mehr als vor dem Kriege mit heimlichem Mißtrauen aufgenommen wird und nur dann auf Duldung hoffen kann, wenn er keinerlei sozialistische Äußerungen tut und sich schweigend den vorhandenen Arbeiterführern **unterordnet!** Tut er das nicht, schließt er sich einer der beiden radikalen Arbeitergruppen an, die vorläufig klein und ohne nennenswerten Einfluß sind, so hat er mit seinen Organisationen die ganze Wucht der Feindschaft der in der American Federation of Labor bestehenden Großorganisation tagtäglich zu fühlen. Auch hier also das Doppelspiel, nur amerikanischen Verhältnissen entsprechend.

Es war daher sicherlich durchaus im Sinne von über 90 Prozent der amerikanischen Arbeiterschaft gesprochen, als Anfang 1918, kurz vor der großen deutschen Offensive, Gompers, der jüdische Präsident der amerikanischen Gewerkschaften, dem deutschen Gewerkschaftsführer Karl Legien, Generalsekretär der deutschen freien Gewerkschaften, von dem er eine Einladung zu einer Konferenz zwecks Herbeiführung eines Friedens erhalten hatte, durch das Diaz-Bureau in Neuyork sagen ließ, daß kein amerikanischer Arbeiter einem deutschen Arbeiter begegnen wolle.

Die Einladung Legiens war Gompers durch den Vorsitzenden der holländischen Gewerkschaften übermittelt worden. Und ebenso war es im Sinne der gleichen Arbeiterstärke.

Als Samuel Gompers in seiner Ansprache vom 14. Juni 1921 auf der Haupttagung in Denver (Colorado) schwere Schuld für den Ausbruch des Krieges auf die **deutsche** Arbeiterschaft häufte, weil sie den Ausbruch des Krieges, gemäß den Stuttgarter Beschlüssen des internationalen Sozialistenkongresses von 1906 nicht verhinderte. Niemand in den Vereinigten Staaten hat sich darauf die Mühe gegeben, die politische Lage in Europa bei Ausbruch des Weltkrieges zu studieren und der deutschen Arbeiterschaft gerecht zu werden; niemand erinnerte sich des eigenen Feldzuges gegen Spanien 1898, wie man da die Versenkung des amerikanischen Schlachtschiffes „Maine" benutzte, um in widerlichster Weise zum Kriege zu treiben; keiner beobachtete 1914 gewisse Kreise der jüdischen amerikanischen Hochfinanz, deren einer Vertreter, der Seniorchef der Singer-Nähmaschinenmanufaktur, Herr Singer, **selbst 1910 im Winter in Ägypten seinem dortigen Generalvertreter, einem geborenen Schweizer, übrigens auch Jude wie Singer, laut dessen eigenem Bekenntnis, versicherte, daß der europäische Krieg komme, da „unsere (die amerikanische) Hochfinanz ihn will."** Die kapitalistische Presse Amerikas und fast die gesamte Arbeiterschaft freuten sich über diesen Hieb, der den deutschen Sozialisten von Gompers versetzt worden war und die gerade diesen nicht verdient hatte, aber durch ihre unglaublich törichte Rechtfertigungsschrift an die Rumpfinternationale in Genf, Juni 1920, unter völliger Verkennung der Psyche der fremden Völker, als soundsovielste Ohrfeige einstecken mußte und noch manche andere einstecken wird. Wie die Marxisten in München durch Eisner, so die gesamte deutsche Sozialdemokratie durch ihre jüdisch-marxistischen Kulissenschieber; beide ließen sich betören und nasführen im Interesse der Hochfinanz.

Auf derselben Tagung der American Federation of Labor sprach Gompers auch den Grundsatz aus:

„Wir lieben zwar jedes menschliche Wesen, ganz gleich, wo es geboren ist oder wo es wohnt (Gompers gehört nämlich der Loge United Ordre Bnai Brith an) aber von einem Grundsatze wollen wir uns niemals trennen, und der ist: ‚**Amerika über alles.**'"

Es erscheint unmöglich, dem Grundsatze der Internationale eine energischere Ablehnung zu geben, vorläufig zu geben, da auch die nicht jüdische Hochfinanz Amerikas sehr stark ist, als in der Form, die Gompers gewählt hat und sein Leben lang, während seiner jahrzehntelangen Führerschaft der amerikanischen Arbeiterpartei betätigt hat, betätigen mußte und für absehbare Zeit wohl weiter muß. Während des Krieges ist Samuel Gompers ja bekanntlich auch in Europa gewesen; am 30. August 1918 sagte er in London auf einem Festbankett zu seinem Empfange, er fordere die **Niederwerfung Deutschlands**, um die Kriegsbegeisterung in Italien, Frankreich und England noch zu schüren.

Die im Verlage von B. W. Hübsch in Neuyork in einem Umfang von 450 Seiten im Juni 1922 unter dem Titel „Shall it be again?" erschienene Schrift von Mr. John Turner gegen Woodrow Wilson hat ja nun auch die denkenden Arbeiter Amerikas sehend gemacht. Auf dem letzten Kongreß der American Federation of Labor ist Gompers mit den Stimmen der Bergleute wieder gewählt, denn eine klare Einsicht hat die Masse noch nicht. Gut Ding braucht Weile. Aber die Wahrheit ist auf dem Marsche, und wenn die amerikanische Gesellschaft, abgesehen von einzelnen Klubs, die keine Juden aufnehmen, noch keine spezifisch antisemitische Einstellung kennt, durch die Verquickung der wirtschaftlichen Verhältnisse usw., sie wird auch dort kommen, kommen müssen und zweifellos sich dann noch etwas anders — drastischer infolge der Korruption — auswirken wie bei uns. Mehr will ich heute absichtlich nicht sagen.

Martel Amboß.

Um den Beziehern in der Tschechoslowakei

die Einzahlung der Bezugsgebühren zu erleichtern, haben wir bei der

Deutschen Gewerkschafts- und Genossenschaftsbank. Gen. m. b. H., Hauptanstalt Reichenberg, Wallensteinstr. 25,

ein Konto eröffnet. Wir bitten unsere Bezieher in der Tschechei, die Bezugsgebühren bei dieser Bank einzuzahlen.

Postscheckkonto dieser Bank ist 64 863 beim Postscheckamt Prag.

(die früher angegebene Nummer war falsch)

Es ist unbedingt notwendig, bei jeder Zahlung ausdrücklich zu vermerken:

„Für Franz Eher Nachf., G. m. b. H. (‚Völkischer Beobachter') München, Bezugsgebühr"

usw., da wir sonst die Zahlungen nicht erhalten können. Erlagscheine können durch die Deutsche Gewerkschafts- und Genossenschaftsbank bezogen werden. Die Bezugsgebühren — für April Kc. 12 für ein Exemplar — bitten wir bis spätestens 1. April auf das Postscheckamt Prag zu überweisen, damit in der Zustellung unseres Blattes keine Verzögerung eintritt.

Mit deutschem Gruß!

Verlag des „Völkischen Beobachters".

Verräter an der Arbeit

„Tatsächlich hat Frankreich heute von der Reparation in Gold noch nicht einen Frank von uns erhalten; die eine von uns seit dem Londoner Ultimatum bar bezahlte Goldmilliarde ist im Wege der vertraglichen Priorität an Belgien geflossen. Freilich dient als Zahlungsmittel nicht nur Gold, sondern Deutschland wurde auch zu einer Reihe sehr bedeutender Naturalleistungen verpflichtet, deren Goldwert auf die Reparationen angerechnet wird; Schiffe, Tiere, Kohle, Farbstoffe, Maschinen, Lokomotiven usw. Die vertraglichen Leistungen auch dieser Naturalien werden von Deutschland nur unregelmäßig eingehalten.

Für den Wiederaufbau von Nordfrankreich nach der entsetzlichen Verwüstung, die in geschichtlicher Zeit einem Lande widerfahren ist — hat Frankreich bereits gegen 50 Milliarden Franken veranlagt; eine annähernd gleiche Summe hat es für Auszahlungen der Pensionen an alle Opfer des Krieges aufgewendet. Diese hundert Milliarden fehlen dem französischen Budget, haben sein Finanzwesen schwerstens geschädigt und in Unordnung gebracht.

Die ganze (!!) Welt, nicht nur Frankreich, war der Meinung, daß Deutschland vertraglich und moralisch verpflichtet und finanziell imstande war, jedenfalls bis Mitte 1922 nach dem damaligen Valutastand für den Wiederaufbau außer den Naturalleistungen auch noch Barzahlungen zu machen."

•

Das schreibt die in deutscher Sprache erscheinende, Herrn Quidde nahestehende „pazifistische", d. h. franzosenfreundliche Zeitschrift „Die Menschheit" am 16. März 1923.

Das „Nachrichtenblatt" des französischen Pressedienstes" in Koblenz druckt diesen niederträchtigen Aufsatz in Nr. 31 voller Wonne ab.

Zeichen der Zeit

Im Ruhrgebiet, besonders in Essen, macht sich, wie die „Z.-B.-Zeitung" in ihrer Nummer 11 berichtet, eine wachsende antisemitische Stimmung geltend, und zwar richtet sich eine gewisse „Feme" gegen die Volks- und Vaterlandsverräter im allgemeinen. Es berührt äußerst angenehm, daß die „Z.-B.-Zeitung" dieses Vorgehen ausgerechnet auf sich bezieht. Daß sie in dieser Beziehung ihre Gründe hat, geht aus einer Ausweiskarte für den Juden **Abraham Marx** in Landau hervor. Dieser Hebräer besitzt, um sein vaterlandsverräterisches Treiben in französischen Diensten ungehindert ausüben zu können, folgende Carte d' identité: „Befehl. **Herr Marx** untersteht ganz dem Befehle des Obersten und Leiters der **Section économique**, zu dessen Verfügung er sich Tag und Nacht halten muß. Unter keinem Vorwand können die deutschen Behörden Marx an der Erfüllung seiner Mission verhindern, ohne **die Würde der Besatzungstruppen** zu verletzen. Ludwigshafen, den 10. Oktober 1919. Der Oberst und Leiter der S.E.F. gez. **Echard**."

Und da wundert sich der Zentralverein noch, wenn die Bevölkerung des besetzten Gebietes antisemitisch wird.

Letzte Nachrichten

Der Rhein-Herne-Kanal wieder unbrauchbar

tu. Essen, 9. April. Die Schleuse 7 des Rhein-Herne-Kanals ist heute infolge eines noch nicht aufgeklärten Unfalls unbrauchbar geworden. Damit ist der Kanal für absehbare Zeit außer Tätigkeit gesetzt.

Besetzung einer Dortmunder Fabrik

tu. Dortmund, 9. April. Gestern wurde hier die Feldbahnfabrik von Stollberg durch 150 Mann, drei Ingenieure und einen Dolmetscher besetzt.

Oberbürgermeister Jarres entlassen und ausgewiesen

tu. Aachen, 9. April. Der Oberbürgermeister Jarres, Duisburg, der hier seine Gefängnisstrafe absitzen sollte, ist von der Besatzungsbehörde entlassen, ausgewiesen und in das unbesetzte Gebiet gebracht worden.

Grausame Vertreibung von Eisenbahnerfamilien

tu. Berlin, 9. April. Der Präsident der Reichsbahndirektion Trier hat an den Reichspräsidenten folgende Meldung gerichtet:

Gestern hat die wildgewordene Soldateska von Trier eine 24 Stunden zuvor ausgesprochene Drohung wahr gemacht, indem sie mit ihren farbigen Afrikanern 106 Familien der Eisenbahnerkolonie zu Trier-West auf die Straße setzte, weil die Männer dem Reiche den Treueid nicht brechen wollten. Erst als die Spahis die Möbel aus den Fenstern auf die Straße warfen, griffen hilfsbereite Männer mit zu, um nicht alles in Brüche gehen zu lassen. Jetzt sind die Beamten mit Weib und Kind und Hausrat obdachlos. Die Flüchtlingsfürsorge zu Trier versucht, die Not zu lindern; eine Hilfsaktion ist nötig. Einer anderen, 98 Familien starken Kolonie der Eisenbahnbaugenossenschaft St. Paulin in Trier und einer 500 Familien starken Kolonie in Ehrang steht für die nächsten Tage das gleiche Schicksal bevor. Diese irrsinnige Roheit kann nicht laut genug vor aller Welt gebrandmarkt werden.

Die neuen belgisch-französischen Besprechungen

tu. Brüssel, 9. April. Der belgische Ministerpräsident sowie der Außenminister Jaspar werden am Freitag in Paris eintreffen, um sich mit Poincare über die Fragen der Ruhrbesetzung zu besprechen. Wie verlautet, werden sie am Samstag wieder abreisen. Hauptsächlich soll es sich darum handeln, daß Poincare den belgischen Ministern Erläuterungen über die Loucheur-Reise geben werde.

Amerika und der Völkerbund

tu. Paris, 9. April. Wie der „Chicago Tribune" aus Neuyork gemeldet wird, ist der Senator George Warthan, der als Gegner des Völkerbundes in seiner ursprünglichen Form bekannt ist, nunmehr der Meinung, daß der Augenblick gekommen sei, die Aufnahme der Vereinigten Staaten in den Völkerbund zu beantragen.

Zu den neuen Verhandlungen in Lausanne

tu. Rom, 9. April. Von den 2742 Einwohnern der Insel Castellorizia haben 2700 den Protest gegen die Wiederaufrichtung der türkischen Oberhoheit über diese Insel unterzeichnet.

Zum Tode verurteilte japanische Offiziere

tu. Tokio, 9. April. Als letzter japanischer Kreuzer soll jetzt der Missui aus Wladiwostok nach Japan ausgefahren sein. Drei Offiziere der Besatzung dieses Schiffes sind wegen Aufbewahrung kommunistischer Schriften erschossen worden.

Ein Beispiel für Deutschland!

---

24 **Nachdruck verboten!**

„Der Feind im Land!"

Spiegelbilder aus der deutschen Gegenwart

von Adolf Viktor von Koerber.

„Es ist nicht auszudenken, — nicht auszudenken!" Der Professor wiederholt, das Auge an die Linse gedrückt, immer wieder den gleichen Satz. Sein neben ihm stehender erster Assistent nimmt den nächsten Objektträger unter das Mikroskop.

„Es ist nicht auszudenken! — Ist dies von dem Verstorbenen?"

„Jawohl, Herr Professor, von der heutigen Leichenöffnung. Das erste war von dem Knaben, jetzt kommt das Präparat der Dame aus Privatbehandlung."

Der Chef der medizinischen Klinik untersucht noch einmal die drei Krankheitserreger. Dann erhebt er sich. „Kein Zweifel, es ist nicht die gewöhnliche Tertiana, sondern die echte Malaria tropika! Nicht auszudenken! — Und ist es wirklich erwiesen, Doktor, keine der sechs neu Erkrankten war jemals in tropischen Ländern? Ich meine, — einwandfrei festgestellt, polizeilich und so?"

„Absolut".

„Nun, dann ist es Tatsache, daß wir in Berlin bisher 13 Fälle der Krankheit erkannt haben!"

„Jawohl, die ersten sieben vorige Woche, bis zur Stunde den Rest."

„Durch zufällige Stichproben, mein Lieber! Gott im Himmel, wie mag unser Volkskörper schon verseucht sein durch die Pest am Rhein!"

„Welches Mittel, . . ." beginnt zögernd der junge Arzt.

Gequält auflachend, fällt der Chef ein: „Seuchenabwehr gegen die Übertragung durch geflügelte Insekten. Wollen Sie gegen Mücken und Fliegen eine Mainlinie ziehen? Welches Mittel? — Fragen Sie — die Regierung." —

Durch die Galleria Vittorio Emanuele in Mailand tobt ein Zug italienischer Bolschewisten. Gellende Schreie und wehende rote Lappen sind ihr Wahrzeichen. Am Knick der Riesenpassage steigen Redner auf die Stühle des Caféhauses. Proteste klirren gegen den Glashimmel, Proteste wegen der Verurteilung der Bombenattentäter gegen das Dianatheater zu lebenslänglichem Zuchthaus.

„Der Revolutionär Poldrini ist ein Opfer der deutschen Regierung!" brüllt ein „deutscher" Kommunist, dunkelhaarigen, scharfnasigen Aussehens, in gebrochenem Italienisch den Entarteten zu, „der deutschen Blutregierung, die seine Auslieferung an die italienischen Behörden veranlaßte. Rächt Euch, Proletarier der Welt!"

Ein Schweizer Kaufmann, der den Vorgang beobachtet, denkt bekümmert bei sich: „Früher wurde das wehrhafte Deutschland eingekreist vom äußeren Feind. Das gleiche Unternehmen jetzt, am entwaffneten, — durch seine inneren Feinde in ganz Europa! Deutschland, Hyänen und Schakalen bist du ausgeliefert. Wirst du die heiligen Feuer, — rechtzeitig, — entflammen, die verachtetsten Raubtiere der Weltwüste zu vertreiben?"

•

„Ob," wendet sich der zum französischen Stabe nach Mainz neukommandierte Engländer an seinen Führer, „die Deutschen bauen schöne Landhäuser in dieser Stadt".

Mainz „verdankt" ein ganzes Villenviertel der feindlichen Besatzung. Die französischen Offiziere und Militärbeamten müssen standesgemäß untergebracht werden.

„Wenn's gefällig ist, mein Oberst!" Lächelnd öffnet der französische Quartiermacher ein Gartentor.

„Die Beletage ist Ihr Quartier."

Sie gehen durch die sechs geschmackvoll eingerichteten Zimmer.

„Sehr komfortabel."

Es fehlt nicht ein Stück. Bis auf die elektrische Tischleitung und die Mokkalöffel, — alles haben deutsche Architekten, deutsche Handwerker, deutsche Arbeiter, deutsche Fabriken geliefert.

„In der zweiten Etage wohnt Capitaine Cavaillac, parterre zwei Leutnants vom Stabe."

Der Engländer denkt bei sich: „Die haben gewiß noch nie im Leben so schön gewohnt." Ein verächtlicher Zug faltet seine Mundwinkel. Er erinnert sich seiner Kriegsquartiere in französischen Städten.

Von neuem die Einrichtung anerkennend musternd, den Franzosen mit einer Geste entlassend, läßt sich der Brite wohlig im Klubsessel nieder.

•

Belgien führt gefahrlosen Friedenskrieg. Nicht nur gegen Zivilisten, auch Waffentragenden gelten die „Operationen" seines Generalstabes.

Ein Auto friedlicher Schutzpolizei wird auf dem Wege zu seinem Wachtlokal nach Oberhausen-Altstaden aus dem „Hinterhalt" genommen. Seine Besatzung, achtundzwanzig mit Revolvern „bis an die Zähne" bewaffnete Beamte werden „zur Kapitulation" gezwungen.

Eine Art Heeresbericht geht an die Presse des Königreichs. Auch verschleppt man die Polizisten für einige Tage hinüber über die Grenze. Das belgische Volk muß sichtbare Beweise der Heldentaten seiner Krieger sehen. Sonst — vielleicht — glaubt es sie nicht . . .

Und wieder einmal zeigt der belgische Kommandant den Duisburgern stramme, militärische Bilder. In seinem Hirn lebt die fixe Idee, die Versäumnisse aus den Kriegsjahren nachzuholen, als es noch mit Lebensgefahr verbunden war, Soldat zu spielen.

„Belagerungszustand." Neun Uhr Lokalschluß, Verbot der Werbewoche für die Jugend, Verbot jeder Schaustellung, geschweige denn öffentlicher Ansammlung von mehr als drei Personen. Verbot auch jeglicher Zusammenkünfte selbst in Privathäusern . . . Verbot . . . Verbot.

Gewaltig steigt das Prestige der belgischen Armee. Den Mut der wallonischen Löwen erweist noch besonders die plötzliche Telephonlegung in die Privatquartiere aller Offiziere. Man kann nie wissen . . . man muß jederzeit zum Rückzug bereit sein. Die Taktik von 1914.

Auf einem Platz, in den Abendstunden, überrumpelt ein kriegsstarkes Bataillon ein halbes Dutzend Passanten. „Paßkontrolle." Die Ausweise sind in Ordnung. Es findet sich kein Grund zum Einschreiten.

Da plötzlich: — ein soeben abgefertigter Handlungsgehilfe entzündet sich im Weiterschreiten eine Zigarette! Der Major höchstselbst stürzt ihm nach und schlägt ihm den Glühfunken aus dem Gesicht. Er wird in Prison genommen.

Gewaltig steigt das Prestige der belgischen Armee . . .

Der Beamte des Telegraphenamtes Köln für Telegramme in englischer Sprache begrüßt seinen Kollegen vom Nachtdienst mit frohem Gelächter. Die Herren pflegten sich bei der Ablösung Abschriften besonders origineller Depeschen der Besatzungsbehörden gegenseitig vorzulesen. Anfangs hatte sie oft Empörung über die nach Übersee aufgegebenen Drahtungen erfaßt — faustdicke Lügen, Übertreibungen, Unterstellungen, völlig schiefe Beurteilungen der deutschen Verhältnisse, auch Naivitäten ohnegleichen, die Deutschland in der ganzen Welt durch erneuten Verlust an Ansehen büßen mußte. Zähneknirschend nur gaben sie stets die Pressetelegramme auf. Übelkeit erregten ihnen besonders die Ergüsse des Vertreters der Northcliff-Presse, der „Times" und „Daily mail". Solch langjähriges Martyrium selbstloser Diensterfüllung, willenloses Sprachrohr des übelwollenden Feindes zu sein, hatte sie nach und nach abgestumpft. Bitterkeit des Herzens ward zu ingrimmiger Ironie, zu galligem Humor.

„Hör' den Northcliffkuli! Heut' lügt er mal ausnahmsweise nicht. Dafür läuft ihm die Galle über. Sein Drahtbericht über die Rheinlandreise — haha — ein einziger Angstschrei. Hier die froheste Botschaft: „. . . everywhere a frightful crowd of children!" . . . überall eine „schreckliche" Menge Kinder!"

„Hahaha!" lacht der Kollege. „Wenn England schon heute unsere Babys fürchtet, denen es die Milch stahl, wie soll es in die Knie brechen, wenn die — trotzdem einmal zu Männern geworden sind!" (Fortsetzung folgt.)

Münchener Beobachter

Zum drohenden Wirtestreik

Unser München, das auch einmal, wie wir heute erst so recht wissen, durchaus zutreffend den neidisch-boshaften Beinamen „die Stadt der Phäaken" trug, war damals naturgemäß ein günstiger Nährboden für das Wirtsgewerbe. Daß man dort, wo man was Gutes zu essen und zu trinken kriegt, gerne zu Gaste ist, das gilt freilich für alle Welt und für alle Zeiten. Das Wesentliche aber war, **was** man in München kriegte und **wie** man in München lebte. Und hierin wußten die Münchener Wirte, sei es vom Range eines Augustiner, Pschorr oder Mathäser, sei es in der bescheidenen Rolle einer Vorstadt-Boazn, was zu bieten. Beide Teile kamen dabei auf ihre Kosten, die Gäste und auch der Wirt. Wirtshäuser gab's zwar in jeder Straße, an jeder Ecke und, damit von einem zum andern nicht zu weit sei, auch noch zwischen drin, aber jeder Wirt hatte sein Auskommen und sein „Ränzlein" dazu, das ihm jederzeit erlaubte, entsprechend zu repräsentieren. Stand so ein Wirt mit seiner ganzen selbstzufriedenen Behaglichkeit und gewichtigen Körperlichkeit unter der Tür, so war das die beste Werbekraft zur Einkehr und ein Symbol des Wohlstandes zugleich.

Diese Zeiten sind um. Das Gesicht Münchens hat sich verändert und weist neue Züge auf. Der Typ des Münchener Wirtes besteht nicht mehr, wenn ja, dann in zunehmender Verkümmerung. Staunenswert genug, wie sie alle aushielten die harten Kriegsjahre über! Schmalhans war Küchenmeister, kraftloser Schöps im Banzen machte das Anzapfen statt zur Freude zum Ärger, in der Gaststube vertrauerte die Kellnerin, sofern es überhaupt noch eine litt. Und trotzdem, man hing an seinem Gewerbe, nahm persönliche Einschränkungen auf sich, wo es nur ging, um durchzuhalten bis zur Wiederkehr besserer Zeiten.

Aber jede Widerstandskraft hat schließlich ihre Grenzen. Und so sehen wir denn heute auch die sichtbaren Zeichen des Niedergangs des Münchener Wirtsgewerbes. Hält man so Umschau in den einzelnen Bezirken unserer Stadt, dann sieht man, wie langsam ohne viel Aufhebens eine Wirtschaft nach der andern verschwindet. Welch gerütteltes Maß von Daseinskampf und Existenzsorgen mag darin sich bergen! Davon weiß die Öffentlichkeit nichts. Jeder sehe, wie er sich erhalte — lautet die Devise. Freistaat Bayern, der offenbar frei heißt, weil die einzige Freiheit die des Verhungerns oder wenigstens Verelendens ist!

Die Ursachen der hier aufgezeigten Erscheinung sind mannigfacher Art und zu bekannt, als daß sie näherer Erörterung bedürften. Der Tiefpunkt ist noch lange nicht erreicht, so daß wir jetzt die für München ungewöhnliche Tatsache erleben, daß die Münchener Wirte in den Streik treten wollen. Soll ein Streik erfolgreich sein, so bedarf er bekanntlich der Sympathien weiter Kreise. Das Publikum wird also zu zeigen haben, inwieweit es Verständnis hat für die Lage der Wirte und nicht zuletzt für seine eigenen Interessen. Ma.

*

Wetterlage

Allgemeine Übersicht. Die nach dem Mittelmeer vorgedrungene Depression liegt heute über Italien und der Adria. Die Beurteilung ihrer weiteren Einwirkung auf die Witterung unseres Gebietes ist unsicher.

Wettervorhersage für Dienstag, den 10. April: Meist bedeckt, kühl, keine nennenswerten Niederschläge.

*

Glücklich zurückgeflogen. Ministerpräsident Dr. von Knilling ist mit den Ministern Dr. Krausneck und v. Meinel sowie dem Geheimrat v. Miller am Samstag von Wien wieder zurückgeflogen und in München um 5.40 Uhr nachmittags glücklich gelandet. Lieb' Vaterland kannst ruhig sein...

Ludendorffs Geburtstag. Am 9. April feierte General Ludendorff seinen 58. Geburtstag. Zahlreiche Persönlichkeiten und Körperschaften überbrachten dem großen Heerführer ihre Glückwünsche. Auch wir schließen uns diesen an, im Gedenken der großen Taten, die das deutsche Heer gefürchtet machten in den Augen unserer Feinde. Wir hoffen, daß einmal eine dankbarere Zeit kommen wird als die Herrschaft der Novemberlinge.

Prinz Leopold-Feier. Am Sonntag hatten sich viele ehemalige Angehörige des früheren 7. bayerischen Infanterieregiments aus München und allen Teilen des Landes eingefunden, um dem Inhaber des Regiments, **Prinzen Leopold von Bayern**, ihre Huldigung darzubringen. Bald nach 9 Uhr vormittags wurden die alten Regimentsfahnen aus dem Armeemuseum mit Musik abgeholt und zum Palais des Jubilars gebracht, in dessen Garten eine Feier stattfand. Nach Begrüßung der zahlreichen Regimentskameraden fand ein Parademarsch vor dem Prinzen statt, und im festlichem Zuge wurden die Fahnen zum Armeemuseum zurückgebracht. Nachmittags kamen die alten Siebener nochmals im Stadtkeller zusammen. Der Raum vermochte nicht die vielen Münchner und auswärtigen Gäste zu fassen. Gegen 7 Uhr fand sich der Jubilar, lebhaft begrüßt, ein. Nach der Ansprache des Vorsitzenden der Regimentsvereinigung brachte Prinz Leopold ein Hoch auf das bayerische Vaterland und das ganze Deutsche Reich aus. Darauf hielt General **von Schoch** die Festrede. Er sprach von der Zertrümmerung unserer Wehrmacht durch den Versailler Vertrag, der uns zwingen soll, alles anzuerkennen, was Frankreich tut. Während Frankreich nach 1870 nicht moralisch abgerüstet hat, verlangt es solches jetzt von uns. Aber wie damals die Franzosen — der Schriftsteller Marguerite prägte das Wort: „Für Besiegte ist es sträflich, zu vergessen" — den Haß gepredigt haben, so müssen wir jetzt das gleiche tun. Trotz seines Sieges rüstet Frankreich in größtem Maßstabe weiter. Es fordert immer neue Garantien. Wogegen? Einzig und allein, um uns gänzlich zu vernichten. Unser ganzes Leben lang müssen wir uns diese Absicht unseres feindlichen Nachbarn vor Augen halten, und wenn wir auch selbst eine Befreiung nicht mehr erleben sollten, so müssen wir doch unsere Kinder dazu erziehen, sie einstmals herbeizuführen. Nach der Festrede trug Hofrat **Stury** unter allgemeinem Beifall das Gedicht „Die Veroneser Klause" von Hausmann und „Deutschland" von Hackel vor. Ein gemütliches Beisammensein vereinte bis in den späten Abend die Angehörigen des ehemaligen Bayreuther Regiments.

Redakteur Georg Wagners Leichenbegängnis. Zu einer großen Trauerkundgebung gestaltete sich die am Sonntagnachmittag im Neuen Schwabinger Friedhof stattgefundene Beerdigung des Redakteurs **Georg Wagner** vom Süddeutschen Korrespondenzbureau. In der überaus großen Zahl der Leidtragenden befanden sich mit Fahnen und Musik auch militärische Vereine, denen der Verstorbene als Kriegsteilnehmer angehört hatte. Besonders zahlreich waren Berufsgenossen des Verstorbenen sowie Mitglieder vaterländischer Vereine erschienen, die den Verstorbenen als leidenschaftlich fühlenden und heiß auf das Wiedererstehen seines Volkes hoffenden Vaterlandsfreund zu ihren Besten zählten. Die am reichgeschmückten Grabe unter Niederlegung prächtiger Kranzspenden gehaltenen zahlreichen Nachrufe, hoben die wertvollen Eigenschaften des allzu früh Verstorbenen als Berufsgenosse, seine Tapferkeit als Kriegsteilnehmer, seine glühende Liebe zum Vaterland und seine Vorbildlichkeit als Kamerad, Mensch und Freund hervor. Eine besondere Tragik hat es gefügt, daß die treue Lebensgefährtin des Verstorbenen nun an demselben tückischen Leiden darniederliegt, das dem Gatten das Grab geöffnet hat.

Antisemiten und Nationalsozialisten geben
Familienanzeigen
nur dem
„Völkischen Beobachter"
Wir gewähren auf Familienanzeigen und Stellengesuche einen Nachlaß von 50% auf den jeweils gült. Anzeigentarif

Eine Prüfung für den mittleren Arbeiterversicherungsdienst wird in diesem Jahre abgehalten. Als Zeitpunkt hierfür ist das Ende des Monats September in Aussicht genommen. Prüfungstage und Prüfungsorte werden später bekanntgegeben. Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind mit den in § 4 der Ministerialbekanntmachung vom 22. März vorgeschriebenen Belegen spätestens zum 20. Mai an das Bayer. Landesversicherungsamt München, Ludwigstr. 14, einzureichen.

Die Einschreibung für die städt. Tagesfachschulen und öffentlichen Zeichensäle für das Sommersemester 1923 findet am 12. und 13. April von 8—12 Uhr und 4—7 Uhr, am Samstag, den 14. April, von 8—12 Uhr und von 3—6 Uhr und am Sonntag, den 15. April, von 9—12 Uhr in den Sekretariaten der betreffenden Schulen statt. Der Unterricht beginnt dann am Montag, den 16. April. Die Schul- und Modellgelder, Material-, Werkstätten- und Einschreibgebühren sind im voraus bei der Einschreibung und in der Regel für die ganze Kursdauer zu entrichten. Auskünfte hierüber erteilen die Sekretariate der aufgeführten Schulen. Wegen der Gebührenhöhe sind zur Einschreibung Belege, welche die Staatszugehörigkeit ausweisen, beizubringen. Die Errichtung der Kurse hängt von der Zahl der Anmeldungen ab. Die offenen Zeichensäle für Freihandzeichnen (Zeichnen nach der Natur und nach Modellen) sind in der Gewerbeschule an der Luisenstraße 9. Die Tagesklassen (offener Zeichensaal) für das graphische Gewerbe (Naturzeichnen und Malen, Skizzieren, Perspektive, Linearzeichnen, Federzeichnen, Aquarellieren, Schriftzeichnen, Flächenschmuck, Stilkunde, Holzschnitt, Lithographieren) befindet sich in der Gewerbeschule an der Pranckhstraße 2. Für nachfolgende Gewerbe und Gewerbegruppen sind Tagesfachschulen eingerichtet, und zwar für Schreiner und Tapezierer, Droschkenführer (theoretischer Vorbereitungskurs), Ofensetzer, Kaminkehrer in der Gewerbeschule an der Liebherrstraße; für Kunstschlosser, Ziseleure, Juweliere, Gold- und Silberarbeiter und für Holzbildhauer (Lehrwerkstätte) in der Gewerbeschule an der Luisenstraße; für Buchbinder und Lithographen (auch mit praktischem Unterricht) in der Gewerbeschule an der Pranckhstraße; für Maler, Porzellanmaler und Bildhauer in der Gewerbeschule an der Westenriederstraße. Während der Sommermonate werden auch Abend- und Sonntagsklassen für Maler, Porzellanmaler und Bildhauer in der gleichen Schule geführt.

Verbot des Radfahrens auf den Bahnsteigen. Auf Grund des § 77 der Eisenbahnbau- und Betriebsordnung wird das Radfahren auf den Zu- und Abgängen zu und von den Bahnsteigen und auf diesen selbst verboten. Zuwiderhandlungen werden gerichtlich verfolgt.

Durch Kleinrentnerelend zum Betrüger. Am Samstag wurde am Stachus ein Bettler verhaftet, der taubstumm sein wollte. Er hat durch ein selbstgeschriebenes Plakat, edeldenkende, vermögliche Damen, sie möchten ihm zum Glück verhelfen. Er sei 23 Jahre alt, blond und von schlankem Körperbau. Bei einem Schiffsunglück im Jahre 1920 sei er um beide Füße gekommen und habe Sprache und Gehör verloren. Auf der Polizei bekam er die Sprache wieder, als man feststellte, daß er der Schneider Joseph Braun aus Augsburg sei. Im Alter von vier Jahren hatte er bei einem Eisenbahnunglück in Eßlingen beide Füße verloren, weshalb er eine Rente erhielt, die jetzt 974 M. monatlich ausmacht, von welchem Betrage er natürlich nicht leben kann. So sei er auf den Betrug verfallen. Ein erschütterndes Kapitel Kleinrentner-Elend! — So werden in der glorreichen Republik Tausende aus bitterster Not zu Verbrechern!

Wer ist die Tote? Am Samstag wurde in der Sendlinger Straße in einem Straßenbahnwagen der Linie 10 eine noch **unbekannte**, etwa 50 Jahre alte, gut gekleidete Frau vom Schlag gerührt. Sie starb im Krankenhaus l. d. J., wohin sie gebracht wurde. Die Tote war mittelgroß, trug braunen Flauschmantel, schwarzes Seidenkleid und Hut, grüne Wolljacke, schwarze Lackhalbschuhe. In einer gelbgrauen Wildlederhandtasche hatte die Tote eine Eintrittskarte zu einem „Buschkonzert" und eine Wochenkarte München—Bruck.

Auch ein Kriegsgewinnler. Ein in einem Bäckereibetrieb angestellt gewesener Lehrling fälschte vom November an Rechnungen über an einen Wirtspächter in der Au gelieferte Brote. Bei der Ablieferung zeigte er die richtige Rechnung vor, beim Kassieren im Bureau die gefälschte Rechnung und schädigte so den Wirt seit November um **eine** Million Mark.

Raubmord. Nach einer Mitteilung an die Münchner Polizei wurde in der Nacht zum 3. April in Unterseebach bei Villach der Knecht Jakob Santer von dem ehemaligen russischen, 33 Jahre alten, Kriegsgefangenen Gregor Piemenny von Cherson (Ukraine) ermordet und beraubt. Der Täter soll sich nach Bayern gewandt haben.

Millionendiebstähle. Bei einem Ladeneinbruch in der Theresienstraße wurden 9 Feldstecher (Busch, Zeiß, Rodenstock) und 12 photographische Apparate im Gesamtwerte von 5 Millionen M. und bei einem Wohnungseinbruch am Habsburgerplatz 2 echte neue Perserteppiche im Werte von 20 Millionen M. gestohlen. Einer der Teppiche (buntfarbig) ist 3 Meter lang, 2 Meter breit, der andere (Läuferform) 1½ Meter lang, 1 Meter breit, Farbe rosa.

Kleine Chronik. Im Arrest der Polizeidirektion vergiftete sich am Samstagmittag ein in Haft befindlicher 32 Jahre alter Hausdiener. — Beim Südwerk II an der Isartalstraße wurde am Samstag die Leiche einer noch unbekannten 30 Jahre alten Frau aus dem Kanal gezogen. — In einem Anwesen an der Klenzestraße, wo sie zu Besuch weilte, wollte sich am Samstag eine 27 Jahre alte Näherin mit Gas vergiften. — In Berg am Laim rannte der mit einer Zyklonette fahrende Kaufmann Löschl gegen einen Randstein. Der Wagen stürzte um. Der Kaufmann und sein Begleiter wurden vom Wagen geschleudert; Löschl erlitt innere Verletzungen, sein Begleiter blieb unverletzt. — Am Samstag sprang von der Corneliusbrücke ein etwa 40 Jahre alter Mann in die Isar und verschwand in den Wellen. Wer der Lebensmüde ist, ist unbekannt.

Marineabend. Die Marine-Offiziers-Vereinigung und der Marine-Verein veranstalten am Mittwoch, den 11. April, abends 8 Uhr, im Kasino der inaktiven Offiziere (Pschorrbräubierhallen, Neuhauserstr.) gemeinsam einen Kameradschaftlichen Abend, verbunden mit einem Vortrag des Herrn Obersten Wochinger: über die Kriegsschuldfrage und nachfolgendem Konzert. Alle ehemaligen Angehörigen der früheren Kaiserl. Marine sind dazu höflichst eingeladen.

Die Not der deutschen Frauen und Kinder. Unter diesem Titel findet am Dienstag, den 17. April, abends 8 Uhr, im großen Hörsaal der Universität eine große Frauenkundgebung statt. Diese großzügig gedachte Frauenkundgebung soll als erste Veranstaltung dieser Art, eine ganz getreue Schilderung der heutigen wirtschaftlichen und seelischen Nöte unserer Frauen und Kinder bringen, da gerade diese Seite des heutigen Elends der Öffentlichkeit noch kaum vor Augen geführt wurde und darum meist falsch beurteilt wird, oder, noch schlimmer, ihre volle schädigende Wirkung für die Allgemeinheit überhaupt wenig erkannt ist. Die Frauen Münchens wollen deshalb vor allem die Münchener selbst und im Anschluß daran, durch eine beim Vortrag zum Ausdruck kommende Entschließung die Frauen des Auslandes mit den gegenwärtigen unheilvollen Zuständen bekanntmachen. Die Leitung der Veranstaltung wurde **Frau Stadtrat Kießelbach** übertragen; als **Vortragende** sind bis jetzt **Oberschwester Wörner**, Hauptlehrerin **H. Sumper** und **Gräfin Spreti** vorgesehen. Die Eintrittskarten sind mit 100 M. für die nummerierten und 50 M. für die unnummerierten Plätze

Oliver Twist

Roman von Charles Dickens.

„Halten Sie den Austräger noch zurück, Frau Bedwin," sagte Herr Brownlow, „er muß etwas mitnehmen."

„Er ist bereits fort, Sir", versetzte Frau Bedwin.

„Rufen Sie ihm nach", erwiderte Herr Brownlow. „Die Sache leidet keinen Verzug; die Bücher sind noch nicht bezahlt, und der Mann ist arm. Auch will ich ihm einige mir früher mitgeteilte Schriften wieder zurücksenden."

Die Haustüre wurde geöffnet; Oliver lief den einen Weg, das Mädchen den andern, und Frau Bedwin rief den Austräger von der Treppe aus. Dieser war aber nirgends mehr zu sehen, und Oliver kehrte nebst dem Mädchen atemlos zurück, um zu melden, daß sie den Hausburschen nirgends gesehen hätten.

„Das tut mir leid", rief Herr Brownlow; „ich hätte diese Bücher gar zu gerne heute noch zurückgegeben."

„Schicken Sie den Oliver damit hin", sagte Herr Grimwig mit einem ironischen Lächeln; „Sie wissen, er wird sie sicher überliefern."

„Ja, ich will sie forttragen, Sir, wenn Sie es erlauben", erwiderte Oliver; „ich will laufen, so schnell ich kann, Sir."

Der alte Herr wollte eben erklären, daß Oliver in keinem Falle ausgehen solle, als ein boshafter Husten von Seite Herrn Grimwigs ihn bestimmte, dem Knaben diesen Auftrag anzuvertrauen, damit sein Freund — in dieser Hinsicht wenigstens — die Ungerechtigkeit seines Verdachtes einsehen lerne.

„Du kannst gehen, mein Kind", sagte der alte Herr. „Die Bücher liegen auf einem Stuhle neben meinem Tische. Bringe sie he unter."

Oliver war höchlich erfreut, sich nützlich machen zu können, brachte dienstfeifrig die Bücher unter seinem Arme herunter und harrte, die Mütze in der Hand, des Auftrages, den er vollziehen sollte.

„Sage ihm," sprach Herr Brownlow mit einem festen Blicke auf Grimwig — „sage ihm, du bringst diese Bücher wieder zurück und wollest die vier Pfund und zehn Schillinge, die ich ihm schuldig bin, bezahlen. Hier ist eine Fünf-Pfund-Note; er wird dir zehn Schillinge herausgeben."

„Ich werde keine zehn Minuten dazu brauchen, Sir", versetzte Oliver lebhaft, nahm, nachdem er die Fünf-Pfund-Note in seine Jackentasche geknöpft hatte, die Bücher sorgfältig unter seinen Arm, verbeugte sich achtungsvoll und verließ das Zimmer. Frau Bedwin folgte ihm zur Haustüre, bezeichnete ihm den Namen des Buchhändlers und die Straße, wo er wohnte, gab ihm einige Anweisungen hinsichtlich des nächsten Weges, was Oliver alles recht gut merken zu können behauptete, schärfte ihm ein, daß er sich vor Erkältung in acht nehme, und endlich ließ ihn die sorgfältige alte Frau ziehen.

„Gott segne sein hübsches Gesicht", sagte sie, als sie ihm nachblickte. „Es tut mir leid, daß ich ihn aus den Augen lassen soll."

In diesem Augenblick sah sich Oliver freudig um und winkte ihr zu, ehe er um die Ecke bog. Frau Bedwin erwiderte lächelnd seinen Gruß, schloß die Tür und ging nach ihrem Zimmer zurück.

„Nun wollen wir sehen! — spätestens in zwanzig Minuten wird er wieder zurück sein", begann Herr Brownlow, indem er die Uhr aus der Tasche zog und sie auf den Tisch legte. „Inzwischen wird es dunkel."

„Ah, Sie glauben also wirklich, daß er wieder kommt?" versetzte Herr Grimwig.

„Glauben Sie etwas anderes?" fragte Brownlow lächelnd.

Der Geist des Widerspruchs hauste in diesem Augenblick gar mächtig in Grimwigs Brust, und das zuversichtliche Lächeln seines Freundes trug nur dazu bei, die hartnäckige Stimmung des Gastes zu steigern.

„Allerdings," sagte er, indem er mit der Faust auf den Tisch schlug — „allerdings glaube ich etwas anderes. Der Bursche hat einen neuen Anzug auf dem Leibe, eine Partie wertvoller Bücher unter dem Arme und eine Fünf-Pfund-Note in der Tasche. Er wird sich mit seinen alten Freunden unter dem Diebsgesindel vereinigen und Sie auslachen. Wenn der Junge je in dieses Haus zurückkehrt, Sir, so will ich meinen Kopf aufessen."

Mit diesen Worten rückte er den Stuhl näher an den Tisch, und so saßen die zwei Freunde, die Uhr in der Mitte, in schweigender Erwartung da. Es ist bemerkenswert und bezeichnend für die Wichtigkeit sowohl, die wir unserem eigenen Urteil beilegen, als für den Stolz, mit welchem wir auch auf unseren übereiltesten Folgerungen beharren, daß Grimwig, obgleich er keineswegs ein bösartiges Herz besaß, und gewiß mit ungeheucheltem Kummer Zeuge einer Täuschung seines verehrten Freundes gewesen wäre, in dem gegenwärtigen Augenblicke allen Ernstes wünschte, Oliver möchte nicht wieder zurückkommen. Aus solchen Widersprüchen ist das menschliche Herz zusammengesetzt!

Es wurde so dunkel, daß sich die Zahlen der Uhr nicht mehr unterscheiden ließen; aber die zwei alten Herren saßen noch immer, die Uhr in der Mitte, schweigend da.

Fünfzehntes Kapitel.

In der düsteren Gaststube einer armseligen Kneipe, die in dem schmutzigsten Teile von Klein-Saffron-Hill lag — einer finsteren Straße, wo den ganzen Winter über sogar am Tage ein flimmerndes Gaslicht brennt, und wo sich selbst im Sommer kein Strahl der Sonne blicken läßt — saß, über einer kleinen zinnernen Kanne und einem Schnapsglase brütend und von den Dünsten des Branntweins stark mitgenommen, ein Mann in einem Plüschrock, gelben kurzen Beinkleidern, Halbstiefeln und Strümpfen, in welchem selbst bei diesem düsteren Lichte jeder nur halbwegs erfahrene Polizeiagent auf den ersten Augenblick den Herrn William Sikes erkannt haben würde. Zu seinen Füßen saß ein weißer, rotäugiger Hund, der bald seinem Herrn zublinzte, bald eine an der Seite seiner Schnauze befindliche große frische Wunde leckte, die das Ergebnis irgend eines kürzlich stattgehabten Kampfes zu sein schien.

„Ruhig, du Bestie! — ruhig!" rief Herr Sikes, plötzlich sein Stillschweigen unterbrechend.

Ob sein Nachsinnen so tief war, daß es durch das Blinzen des Hundes gestört wurde, oder ob der Flug seiner Gedanken seine Gefühle so sehr in Wallung brachte, daß es zur Beschwichtigung derselben eines Ableitungsmittels in der Äußerung von Fußtritten gegen ein ruhiges Tier bedurfte — diese Frage ist wohl schwer mit Gewißheit zu bestimmen. Was jedoch immer die Ursache sein mochte, die Wirkung bestand in einem derartigen Tritte, der zugleich von einem Fluche über den Hund begleitet wurde.

Hunde sind in der Regel nicht geneigt, sich für Beleidigungen, die ihnen von ihren Herren zugefügt werden, zu rächen; der des Meister Sikes mochte jedoch denselben Temperamentsfehler wie sein Herr haben, oder vielleicht diese Kränkung im gegenwärtigen Augenblicke lebhafter als sonst empfinden — kurz, er packte ohne weitere Umstände einen der Halbstiefel seines Gebieters mit den Zähnen, schüttelte ihn nach Kräften und zog sich knurrend unter eine Bank zurück, wobei er kaum der Zinnkanne entging, mit welcher Sikes nach seinem Kopfe zielte.

„Was? — du willst aufbegehren?" schrie Sikes und ergriff mit der einen Hand ein Schüreisen, während er mit der anderen bedächtig ein großes Einschlagmesser öffnete, das er aus der Tasche zog. „Her da, du eingefleischter Teufel! Komm her! Hörst du?"

Der Hund hörte ohne Zweifel, denn sein Herr sprach in dem rauhesten Tone seiner Stimme; da er aber einen sonderbaren Widerwillen gegen das Abschneiden seiner Kehle zu haben schien, so blieb er, wo er war, und knurrte nur noch heftiger als vorher, indem er zugleich das Ende des Schüreisens packte und wie ein wildes Tier darauf losbiß.

(Fortsetzung folgt.)

(Mitglieder der unterschriebenen Vereine die Hälfte) so niedrig gehalten, um allen Kreisen die Teilnahme zu ermöglichen. Der Vorverkauf ist bereits eröffnet in der Hausverwaltung der Universität, Hauswirtschaftliche Zentrale, Weinstr. 5, Kath. Frauenbund, Theresienstraße 25, Evangelische Schriftenmission, Mathildenstr. 6 und Gewerkschaftshaus Pestalozzistr. Nr. 42, Bibliothek.

Bestattungen

am 10. April.

Südfriedhof: Rosa Benz, Ministerialobersekretärswitwe, 79 J., 3 Uhr.

Ostfriedhof: Julius Fröhlich, Oberinspektor, 55 J., 9½ Uhr, Feuerb. — Hermine Rahn, Direktorswitwe, 71 J., 10 Uhr, Feuerb. — Kurt Staudenmayer, Gymnasiast, 18 J. 11 Mt., 10½ Uhr, Feuerb. — Peter Herrmann, Hilfsarbeiter, 56 J., 11 Uhr, Feuerb. — Joseph Kreß, Postoberschaffner, 59 J., 2½ Uhr. — Anna Schicklhofer, Zimmermannswitwe, 74 J., 2¼ Uhr. — Johann Mauerstetter, Rotgerber, 63 J., 2½ Uhr. — Georg Bader, Kaufmann, 28 J., 3 Uhr. — Amalie Seel, Assistentensgattin, 50 J., 3¾ Uhr. — Wolfgang Büttner, Reg.-Inspektor, 56 J., 3¼ Uhr. — Fritz Meeß, Malerskind, 8½ Mt., 2 Uhr. — Irene Höselmeier, 10 Mt., 3¼ Uhr. — Harry Nissel, 8 Mt., 3¼ Uhr.

Haidhauser Friedhof: Johann Oberberger, Likörfabrikant, 57 J., 4¼ Uhr.

Nordfriedhof (Schw.) Christine Schröppel, Malermeistersgattin, 57 J., 3½ Uhr. — Karl Graswallner, Lehrling, 17 J., 2½ Uhr. — Dr. Johann Haunschild, prakt. Arzt, 58 J. 5 Mt., 3 Uhr. — Kurt Schröder, Buchhalter, 58 J., 4 Uhr. — Joseph David Klein, 3 Mt., 2¼ Uhr.

Westfriedhof (Moosach): Wilhelm Höller, ehem. Buchdruckereibesitzer, 67 J. — Franziska Kunesch, Schlossersgattin, 53 J., 3¾ Uhr. — Anna Schwarz, Drehermeisterstochter, 18 J., 4¼ Uhr. — Alfred Schuler, Privatgelehrter, 57 J. 5 Mt., 4¼ Uhr. — Anna Huber, Wechselwärtersgattin, 55 J., 3¼ Uhr.

Waldfriedhof: Alois Panzer, rechtsk. Magistratsrat a. D., 77 J., 3½ Uhr. — Kath. Eder, Metzgermeistersgattin, 43 J., 4 Uhr. — Erna Kolbeck, Lehrmädchen, 14 J. 11 Mt.

Münchener Rathaus

Der städtische Haushalt für 1923

wird mit Beginn der kommenden Woche in Beratung genommen werden. Damit setzt für das Rathaus auf etliche Monate eine reiche Sitzungsperiode ein. Zu den Vollsitzungen und den Sitzungen des Hauptausschusses kommen nämlich in der Woche drei Sitzungen des Haushaltsausschusses. Der Haushalt selbst wird keine Überraschungen bringen. Der Finanzreferent der Stadt hat ihn ja bereits im voraus genügend beleuchtet: „Es wird ein Bild zum Grausen sein." Ob die Beratung auch Positives zur Gesundung unserer Stadtfinanzen, etwa durch Umstellung der Kommunalbetriebe, zutage fördern wird, ist bei der Zusammensetzung des Münchner Stadtrats freilich mehr als fraglich. Im besonderen wird sich zeigen müssen, inwieweit die endlosen Gebührenerhöhungen auf den Betrieb der gemeindlichen Werke eingewirkt haben, und ob auf dem bisher beliebten Wege fortgefahren werden kann.

Die Ruhrflüchtlinge vor dem Volksgericht

Die Nationalsozialisten am „Münchener Post"-Sturm freigesprochen!

Der „Sturm" auf die „Münchener Post" — am Nachmittag des 1. März — hat am Samstag vor dem Volksgericht in der Au seine gesetzliche „Sühne" gefunden. Insgesamt hatten sich 18 Angeklagte zu verantworten, die von einem großen und, wie sich in der Verhandlung erwies, ganz unnötigen Aufgebot von Schutzleuten auf die Anklagebänke geleitet wurden — darunter der 22jährige Zechenschlosser Karl Seifert, der gleichalterige Friseur Otto Hobenester und der 20jährige Säger Waldemar Lampe wegen eines Verbrechens des Landfriedensbruches, die übrigen Beschuldigten, mit Ausnahme dreier, sämtlich Berg- und Hüttenarbeiter, wegen eines Vergehens des Landfriedensbruches in Tateinheit mit einem Vergehen des schweren Hausfriedensbruches. Unter Anklage stand auch unser Pg. Emil Maurice, dem ein Vergehen des Landfriedensbruches zur Last gelegt war.

Die Vorgänge bei der Demonstration vor dem Altheimereckblatte, das durch seinen unverschämten Verleumdungsartikel gegen die Ruhrflüchtlinge die moralische Schuld an der ganzen Sache trägt, sind bekannt und brauchen an dieser Stelle nicht mehr wiederholt zu werden. Die Angeklagten stellten bei ihrer Vernehmung durch den Gerichtsvorsitzenden, Landgerichtsrat Heinz, entweder jedes Verschulden in Abrede, teilweise gaben sie zu, in ihrer Erregung über die Beschimpfung seitens des Marxistenblattes als arbeitsscheue Elemente, als Gesindel zu weit gegangen zu sein; ein Angeschuldigter erklärt sogar, er habe nur um eine Unterstützung anhalten wollen!

In der Zeugenvernehmung bestätigt Abg. Erhard Auer, der an dem kritischen Tage nach Redaktionsschluß in der „M. P." war, im wesentlichen die Darstellung der Anklageschrift. Er bekundet, die Parole absoluter Reserve ausgegeben zu haben mit dem Beifügen, daß Widerstand nur dann geleistet werden dürfe, wenn Gefahr des Lebens oder der Zerstörung der Rotationsmaschinen bestünde. Auer hat gehört, daß aus den Reihen der eingedrungenen Leute Rufe nach ihm laut geworden sind, wie: Wo ist der Lump? Obwohl Auer — mutig wie er ist — den Leuten entgegentrat, haben sie ihn nicht erkannt. Eine entsprechende Darstellung der Vorgänge gibt der Apotheker Buisson, der sich zwecks einer Unterredung mit Auer im Hause der „Post" befand. Er erklärt, der Parteigenosse Kern sei in das Gebäude gekommen und habe gemeldet, die Ruhrflüchtlinge, vermengt mit Nationalsozialisten, seien im Anzug. Dieser Zeuge will von den Eindringlingen mit Schimpfworten, wie Jude und Judenknecht überhäuft und mit Faustschlägen auf Kopf und Brust traktiert worden sein; man habe ihn für den Redakteur gehalten und von ihm einen Widerruf des fraglichen Artikels verlangt, den er sofort niederschreiben müsse. Buisson hat die Leute in dem Glauben gelassen, er sei der verantwortliche Schriftleiter und sie solange hingehalten, bis Polizei eintraf und die Angeklagten festnahm.

Die Bekundungen der übrigen in der Vormittagssitzung vernommenen Zeugen ergeben nichts Wesentliches. Immerhin hat sich in diesem Stadium der Verhandlung das Bild so weit gerundet, daß man annehmen muß, daß gerade die weniger Schuldigen erwischt worden sind — vermutlich, weil sie sich nichts Böses dachten —, und daß der Haupträdelsführer, ein gewisser Heinz Durek, entkommen ist; einer der Angeklagten gibt an, dieser Durek sei der gleiche, der mit den Geldern der Ruhrflüchtlinge — 250 000 M. — durchgegangen sei.

Die Fortsetzung der Beweisaufnahme am Nachmittag ergab für die Angeklagten eine wesentlich günstigere Situation. Aus den Bekundungen der Polizeiorgane geht hervor, daß die drohenden Rufe gegen Auer und sein Blatt recht wohl auch aus der übrigen Menschenmenge gefallen sein können. Die Nationalsozialisten haben sich abseits gehalten und sich miteinander unterhalten. Ein Zeuge hatte den Eindruck, daß sie zwar mitgekommen waren, daß man aber aus ihrem Verhalten nicht habe entnehmen können, daß sie die Leute angestiftet hätten oder selbst irgend etwas planten. Maurice sei, obwohl er sich ganz ruhig verhalten habe, auf Weisung des Regierungsrats Bernreuther verhaftet worden, weil dieser Auftrag gegeben habe, Leute mit Motorrädern oder Fahrrädern festzunehmen, damit man einige Teilnehmer in der Hand habe. Maurice stand nach diesen Aussagen nicht bei den Ruhrflüchtlingen, sondern bei seinen Parteigenossen; er ist auch nicht mit den Flüchtlingen gekommen.

Der Student Weglin befand sich im Parteilokal der Nationalsozialisten an der Corneliusstraße, als die Leute mit der Absicht, zur „Münchener Post" zu ziehen und einen Widerruf zu verlangen, anrückten. Er hat die Flüchtlinge davor gewarnt und er entlastet den Angeklagten wie die von der „M. P." mit hereingezogene Nationalsozialistische Partei ganz außerordentlich. Es war gar keine Rede davon, daß gegen das Blatt etwas unternommen werden sollte. Von den Nationalsozialisten waren keine Leute bereitgestellt, noch war Ähnliches geplant. Maurice, der erst später sich die Vorgänge am Altheimereck ansah, also nicht mitzog, hatte keinen Auftrag und hat auch nicht von sich aus die Leute zu ihrem Vorgehen irgendwie ermuntert.

Der gleichfalls im Parteibureau anwesende Nationalsozialist Schreck hat den Flüchtlingen ebenso abgeraten. Seine Bemerkung, wenn die Nationalsozialisten etwas unternommen hätten, wäre die Sache anders ausgegangen, wird vom Vorsitzenden gerügt, erregt aber einige Heiterkeit im Zuhörerraum. Die Ruhrflüchtlinge wurden nicht, wie das sozialistische Organ behauptet hat, von den Nationalsozialisten nach München gerufen, sie haben auch nicht erklärt, daß sie zum „Freikorps Hitler" wollten. Sie wurden lediglich auf Bitten mit je 1000 M. notdürftig unterstützt, nachdem die Regierung und die Parteien nichts für sie taten.

Die beiden nationalsozialistischen Zeugen wurden nachträglich vereidigt. Der nationalsozialistische Führer Weber gibt eine klare Darstellung über die vorausgegangenen Geschehnisse. Die Flüchtlinge haben die nationalsozialistische Geschäftsstelle aufgesucht, um Arbeit oder Unterkunft zu finden. Es sind sowohl einzelne Leute wie kleinere Trupps gekommen. Eine Anzahl der Leute konnte untergebracht werden. Da weitere Hilfe schwer fiel, nachdem in der Bewegung selbst Arbeitslose vorhanden sind, hat sich Weber zu Ministerialrat Luxenburger begeben, begleitet von zwei der Flüchtlinge, die aber nicht an der Unterredung teilnahmen. Der Vertreter des Ministeriums des Innern riet Weber, sich wegen der Lösung der Flüchtlingsfrage an die Polizei zu wenden, worauf beschlossen wurde, anderntags mit Minister Schweyer selbst zu verhandeln. Die Nationalsozialisten hatten keine Veranlassung, sich mit den Leuten, von denen sie nicht einmal wußten, ob es wirklich Ruhrflüchtlinge waren, näher einzulassen. Die Flüchtlinge kamen dann am Nachmittag des 1. März in die Corneliusstraße mit dem Artikel der „Münchener Post", von dem sie behaupteten, die Regierung habe ihn veranlaßt. Der Zeuge sagte den Leuten, daß die Regierung mit diesem Artikel nichts zu tun habe; wenn sie eine Richtigstellung wollten, müßten sie sich an die Redaktion des Blattes wenden. Er warnte die Leute, sich durch den Artikel, der nach seiner Ansicht zum Zwecke der Provokation geschrieben wurde, zu Unbesonnenheiten hinreißen zu lassen, wenn eine Abrechnung komme, werde sie in anderer Form kommen. Unter der Menge haben sich keine Nationalsozialisten befunden, von der Partei aus sei nichts geschehen. Niemand von der Partei hat die Leute zum Altheimereck geführt. Maurice war weder beteiligt noch Nachrichtenübermittler oder Verbindungsoffizier. Wer behauptet, daß die Nationalsozialisten die Sache angestiftet hätten, macht sich einer frechen Verleumdung schuldig.

Der als Vertreter der Nebenkläger — der Postleute — zugelassene Rechtsanwalt Nußbaum bemerkte zu dieser Feststellung Webers, der Verdacht der Anstiftung durch die Nationalsozialisten sei in der Anklageschrift lediglich als Möglichkeit hingestellt, werde aber nicht behauptet. Mit der Vernehmung des Nationalsozialisten Haugg, der gleichfalls die Schuldlosigkeit Maurices und der Partei dartut, war die Beweisaufnahme geschlossen.

Der Staatsanwalt

ließ gegen Maurice, dessen Freisprechung er beantragte, die Anklage gänzlich fallen, ebenso gegen die übrigen Angeklagten das Verbrechen des Landfriedensbruches und beantragte, sie nur wegen eines Vergehens des Landfriedensbruches in Tateinheit mit einem Vergehen des Hausfriedensbruches schuldig zu sprechen. Die Verhandlung habe keinen Beweis dafür erbracht, daß sich Maurice an der Demonstration und Aktion gegen die „Münchener Post" beteiligt habe. Sein Vorbringen, er habe nur als Zuschauer beigewohnt, konnte nicht widerlegt werden. Auch für das Verbrechen des Landfriedensbruches habe die Verhandlung keinen Beweis erbracht. Zeuge Buisson habe nicht bekunden können, wer ihn mißhandelt habe. Rädelsführer im Sinne des Strafgesetzes haben sich nicht erweisen lassen; Hobenester hat nur den Weg gezeigt. Dagegen sind unter Zusammenrottung Gewalttätigkeiten gegen Personen und Sachen verübt worden; sie waren auch beabsichtigt. Man hätte durch eine Abordnung friedlich mit der Schriftleitung verhandeln können. Begreiflich sei allerdings die Erregung der Ruhrflüchtlinge über den sie schwer kränkenden Artikel gewesen. Diese komme als strafmildernd in Betracht, straferschwerend sei die außerordentliche Gefährlichkeit ihrer Handlungsweise. Der Antrag des Staatsanwaltes ging auf 8 Monate für den wegen Hausfriedensbruches und Körperverletzung schon vorbestraften Schuh, auf die Mindeststrafe von 3 Monaten für den minderjährigen Kunzig, auf 4 Monate für die übrigen Angeklagten unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

Rechtsanwalt Nußbaum, als Vertreter der Nebenkläger, betonte, selbst wenn der Artikel Unrichtiges enthalten habe, hätten die Angeklagten nicht das Recht gehabt, sich in dieser Weise eine Sühne zu verschaffen. Er behaupte nicht, die Nationalsozialisten hätten die Sache angestiftet, aber sie haben den Leuten wenigstens ihre moralische Unterstützung geliehen. Er hob weiter die Selbstbeherrschung des Abg. Auer hervor, der ein namenloses Unglück verhütet habe, und ersuchte das Gericht, den Ausschreitungen, durch die München berühmt geworden sei, einen Riegel vorzuschieben und dafür zu sorgen, daß künftig politische Auseinandersetzungen ruhig und im Rahmen des Gesetzes stattfinden.

Die Verteidigung

brachte zunächst durch Justizrat Popp vor, mit dem politischen Gebiet habe das Verhalten der Angeklagten nichts zu tun, die mit zwei Ausnahmen sämtlich Ruhrflüchtlinge seien und nach Bayern kamen, um Arbeit zu finden. In München haben sie verschiedene Organisationen, ohne Rücksicht auf deren politische Zugehörigkeit angegangen. Daß die Nationalsozialistische Partei, gleichfalls ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit der einzelnen Flüchtlinge, viel für sie getan hat, steht fest. Daß sie, wie der Artikel der „Post" behauptete, unter nationalsozialistischer Führung nach München kamen oder gebracht wurden, hat sich als Märchen erwiesen. Es handelt sich um brave, fast durchwegs unvorbestrafte Arbeiter, nicht um „arbeitsscheues Gesindel". Sie sind in geregeltem Zuge zur Redaktion des Blattes gezogen, wurden dort aber brüsk abgewiesen; eine Abordnung von zwei oder drei Mann wäre hinausgeworfen worden. Es wäre ein größeres Verdienst des Abg. Auer, den fraglichen Artikel zu unterdrücken, gewesen, als dafür zu sorgen, daß die Sache glimpflich ablief. Die Nationalsozialisten sind an der Sache unschuldig. Der Verteidiger beantragte Freispruch für sämtliche Angeklagte, allenfalls nur Verurteilung wegen einfachen Hausfriedensbruches und Bewährungsfrist. Der zweite Verteidiger, Rechtsanwalt Roder, rügte die Hetze des Blattes, das stets vorgebe, für Arbeiterinteressen einzutreten, gegen Arbeiter, noch dazu gegen Flüchtlinge, die tiefstes Mitleid erwecken müßten. Man habe aber geglaubt, gleichzeitig einen Schlag gegen die Nationalsozialisten führen zu können, und die „Münchener Post" setzt ihre Tätigkeit auch heute noch fort, statt zuzugeben, daß sie damals nicht die Wahrheit geschrieben hat. Wer daraus, daß die Leute auch zu den Nationalsozialisten gingen, um Unterkunft zu finden, Zusammenhänge konstruieren will, beweist, daß ihm der Sinn für ein deutsches Zusammengehörigkeitsgefühl im Unglück verlorengegangen ist.

Das Urteil

lautete für den vorbestraften Schuh auf 5 Monate, den minderjährigen Kunzig auf 3 Monate, für die übrigen Angeklagten auf 4 Monate Gefängnis und Tragung der Kosten einschließlich der den Nebenklägern erwachsenen Auslagen. Bei Hobenester wurde ein Vergehen des Landfriedensbruches, bei den übrigen Angeklagten ein Vergehen des Landfriedensbruches in Tateinheit mit einem Vergehen des schweren Hausfriedensbruches angenommen. Mit Ausnahme des Hobenester, der sich wegen anderer Straftaten in Untersuchungshaft befindet, wurden den Angeklagten 5 Wochen Untersuchungshaft angerechnet. Bewährungsfrist wurde den Angeklagten wegen der Art der strafbaren Handlung versagt.

Der Angeklagte Maurice wurde unter Überbürdung der Kosten auf die Staatskasse freigesprochen; Entschädigung für die Untersuchungshaft wurde versagt.

In der Urteilsbegründung

wurde festgestellt, daß der anfänglich geschlossene Zug in dem Augenblick zu einer Zusammenrottung wurde, als er sich mit der Zuschauermenge vereinigte. Maurice und die übrigen Nationalsozialisten waren nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme nur interessierte Zuschauer, aber keine Teilnehmer an der öffentlichen Zusammenrottung. Eine Nachrichtenübermittlung hat nicht stattgefunden; es wurde auch nicht durch Hetze auf die Ruhrflüchtlinge eingewirkt. Eine strafbare Beziehung der Nationalsozialistischen Partei als solcher zum Landfriedensbruch ist nicht nachzuweisen. Die Partei hat sich berechtigterweise der Ruhrflüchtlinge angenommen, sie unterstützt und unterzubringen gesucht. Den Zug haben nur einzelne Nationalsozialisten begleitet und sich als interessierte Zuschauer am Tatort aufgehalten. Eine Zurückhaltung in dieser Richtung würde der bedrohlichen Lage, die jedem klar war, und auch der Ansicht der Parteileitung besser entsprochen haben.

Beim Strafausmaß wurde als erschwerend berücksichtigt das unsinnige und törichte Unterfangen der jungen Leute, als Gäste den Stadt- und Hausfrieden zu stören, sowie die gemeingefährliche Art ihres Vorgehens, woraus sich, wenn die Gegenseite ebenso gehandelt hätte, ein Blutvergießen hätte entwickeln können. Strafmildernd sind die verhältnismäßig geringfügige Beteiligung der Angeklagten an den Straftaten, ihre seelische Zerrüttung, und daß sie sich bisher, mit einer Ausnahme, straffrei geführt haben, daß sie bis zum Antritt ihrer unseligen Wanderung als Arbeiter tätig waren und daß sie den Artikel der „Münchener Post" als erhebliche Kränkung ihrer Ehre empfinden mußten.

Die Angeklagten, die teils um Freispruch, teils um Bewährungsfrist gebeten hatten, nahmen das Urteil ruhig entgegen; bei der Abführung wurden sie mit Heilrufen begrüßt.

Bayern

Wieder tschechische Militärflieger über Bayern!

Marktredwitz, 9. April.

Besuche tschechischer Flieger, die unsere Stadt und Umgebung umfliegen, nehmen immer mehr zu. Auch in den letzten Tagen überflogen Flugzeuge, die aus der Tschechoslowakei kamen, unsere Stadt. Es handelt sich um tschechische Militärflieger, die in Eger stationiert sind.

Wie lange wird die bayerische Regierung noch diesem frechen Treiben tschechischer Militärflieger zusehen? Warum werden durch das Berliner Auswärtige Amt nicht energische Proteste in Prag erhoben? Und wenn diese nichts nützen, nimmt man die Flieger einfach unter das Feuer von Maschinengewehren, nachdem uns durch den Versailler Friedensvertrag sogar Flakbatterien verboten wurden.

Der „Miesbacher Anzeiger" und Staatsgerichtshof

Miesbach, 7. April.

In der nächsten Zeit sollte sich der verantwortliche Schriftleiter Martin Weger des „Miesbacher Anzeigers" vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig wegen eines Artikels gegen den seinerzeitigen Reichsjustizminister Radbruch verantworten. In dem Blatte wird nun heute erklärt, daß Weger es ablehne, nach Leipzig zu gehen, möge daraus auch ein Konflikt mit der bayerischen Regierung entstehen. Es müsse mit allen Mitteln der Kampf aufgenommen werden, daß Bayern nur vor bayerische Gerichte kommen. Das Blatt hofft, daß durch den Fall Weger die ganze Frage des Staatsgerichtshofes wieder aufgerollt werde.

Das hoffen wir auch und schließen uns der Stellungnahme des „Miesbacher Anz." vollständig an: Kein Bayer darf sich dem Staatsgerichtshof in Leipzig stellen!

Für die Presse im besetzten Gebiet

München, 9. April.

Der Landesverband der Bayerischen Presse hat in seiner Hauptversammlung am verflossenen Sonntag einstimmig folgende Kundgebung beschlossen:

„Die zur Hauptversammlung zahlreich versammelten Mitglieder des Landesverbandes der bayerischen Presse, der alle politischen Richtungen umfaßt, verbinden mit dem Ausdruck der Empörung über die barbarischen Gewalttätigkeiten und Unmenschlichkeiten der Peiniger der besetzten Gebiete die Versicherung herzlichster und tiefgehendster Anteilnahme an dem besonders schweren Schicksal der dortigen Presse und deren Angehörigen. Unzugänglich allen Einflüsterungen und Zwangsmitteln des Feindes, wahren sie in Übereinstimmung mit der herzerhebenden Haltung ihrer notleidenden Volksgenossen aller Schichten die Würde des deutschen Volkes und ihres Standes und sichern sich die verdiente Anerkennung der Geschichte. Der Landesverband ist sich gewiß, daß auch fernerhin die deutsche Presse in den besetzten Gebieten ein leuchtendes Beispiel wahrhaft vaterländischer Pflichterfüllung geben wird."

Preisüberwachung und Preisbildung

Die Reichsregierung hat es bei Einleitung ihrer Stabilisierungsaktion an großen Gesten im Sinne eines „kommenden Preisabbaus" nicht fehlen lassen. Zu diesen nichtssagenden Gesten, lediglich dazu bestimmt, die ungemütlich werdende Bevölkerung wieder einzuschläfern, gehörte auch jene vor etwa Monatsfrist von Berlin an die Landesregierungen ergangene Anregung, bei den Preisprüfungsstellen „Beiräte von Verbrauchern" zu bestellen.

An Hand der Münchner Verhältnisse gemessen, entbehrt diese Anregung nicht der Komik. Was nämlich in dieser „Anregung" verlangt wird, besteht in München schon längst. Setzen sich doch die 32 Mitglieder der Münchner Preisprüfungsstelle paritätisch je zur Hälfte aus Erzeugern und aus Verbrauchern zusammen. Das Gleiche ist der Fall bei den Preisprüfungs-Ausschüssen, die im vergangenen Jahre auf Vorschlag des Leiters der Preisprüfungsstelle gebildet worden sind, zur Behandlung bestimmter Wirtschaftsgebiete. Durch die Einrichtung dieser Ausschüsse wurde das Arbeitsverfahren der Preisprüfungsstelle nicht nur äußerst beweglich gestaltet, auch der Kostenaufwand wurde wesentlich herabgedrückt. Solche Sonderausschüsse bestehen vier, und zwar: 1. für Lebens- und Futtermittel mit den Warengruppen Getreide, Futtermittel, Mühlenerzeugnisse, Hülsenfrüchte, Mehl, Brot, Kuchen und sonstiges Backwerk, Schokolade, Zuckerwaren, Konditoreiwaren, Kolonialwaren und verwandte Artikel, Fleisch, Fleischwaren, Wild, Geflügel, Fische, Konserven, Feinkost, Milch, Butter, Fett, Käse, Eier, Kartoffeln, Obst, Gemüse, Südfrüchte, Bier, Wein, Spirituosen, Limonade, Essig und Öl; 2. für Brennstoff, Heizstoffe, Beleuchtungsmittel mit den Warengruppen Kohlen, Holz, Torf, Petroleum, Spi-

ritus und Fuhrwerk; 3. Bekleidungs- und Wohnungsbedarf mit den Warengruppen Kleidung, Wäsche, Schuhe, Hüte, Möbel und Haushaltungsgegenstände; 4. für allgemeine Wirtschaftsfragen.

Es ist also nicht so, als ob es etwa an der Organisation der Preisprüfungsstelle fehlen würde. Woran es fehlt, und worunter die Verbraucher in den weitesten Schichten zu leiden haben, das sind die Ring- und Trustbildungen, die heute mit zunehmender Rücksichtslosigkeit das Wirtschaftsleben beherrschen. Die Preise, die sie autokratisch festsetzen, gelten als „Marktpreis", und dagegen ist auch die Preisprüfungsstelle machtlos. Bezeichnend aber ist es, daß sowohl Reichsregierung als Landesregierung ein taubes Ohr haben allen Vorstellungen gegenüber, endlich einmal auch gegen diese auf die Dauer unerträgliche Wirtschaftsdiktatur einzuschreiten. Soll denn die bekannte volkstümliche Sentenz wirklich Dauergeltung haben: „Den Kleinen henkt man, den Großen läßt man laufen?"

Bayerische Rundschau

Partenkirchen. (Der frühere König Ferdinand von Bulgarien) hat mit einem größeren Gefolge hier im Kurhotel Grünwald Aufenthalt genommen.

Mühldorf. (Zeitgemäß.) Ein Gastwirt einer Gemeinde des hiesigen Bezirks verlor beim Kartenspiel die Summe von einer Million. Wo soll eine Zeit hinführen, in der sich so kraß die bitterste Armut neben leichtsinnigster Verschwendungssucht zeigt. Erschütternd muß die Nachricht wirken, daß in dem Ort zur gleichen Zeit ein armer Teufel im Leihsarg der Erde übergeben werden mußte.

Augsburg. (Die Milchversorgung Augsburgs.) Die Milchanlieferung ist gegenüber der ersten Hälfte des Monats März um 20 Prozent zurückgegangen.

Koburg. (Der Umbau der Feste Koburg), der vor 15 Jahren von dem Burgrestaurator Prof. Ebhardt begonnen wurde, ist nun nahezu vollendet, nachdem die bayerische Regierung den Bau durch größere Mittel gefördert hatte.

Nürnberg. (Brand im Nürnberger „Bratwurstglöcklein".) Auf dem Dachstuhl des weltbekannten „Bratwurstglöckleins" legte gestern nachmittags gegen 2 Uhr dessen Besitzer, der Gastwirt Bauer, Feuer an und verübte darauf Selbstmord. Die sofort alarmierte Feuerwehr konnte in Brand geratene Bett- und Kleidungsstücke beseitigen, so daß ein nennenswerter Schaden am Gebäude nicht entstand. Bauer zeigte in letzter Zeit Spuren von Geistesgestörtheit.

Sportnachrichten

Turnen

Mannschaftswettkampf der Tgde. Freising — T.u.Sp.V. Neuhausen-Nymphenburg im Kunstturnen. Freising 393:372 Sieger.

Die Kunstturnwettkämpfe werden wieder zahlreicher. Wohl ein Einfluß des nahen Deutschen Turnfestes!

Ehrenvorsitzender Weil begrüßte die Gäste und sprach die Hoffnung ferneren Zusammenarbeitens der beiden Vereine aus. Als offizieller Vertreter des Turngaues München war Turnwart Leistl anwesend.

Der Wettkampf bot Durchschnittsleistungen, aus welchen bei Freising Schmidt, bei den Münchenern Wörle hervorragte. Das Wertungsergebnis entsprach allerdings nicht den tatsächlichen Leistungen der einzelnen. Trotzdem kann der Sieg der Freisinger als verdient bezeichnet werden.

Neben dem Gerätewettkampf, der aus Reck, Barren, Pferd und Freiübung bestand, fanden die Freiübungen der Damen die besten Aufnahme bei dem zahlreich erschienenen Publikum. Liedervorträge der Sängerriege, Barrenturnen der Zöglinge und humoristische Vorträge vervollständigten das Programm.

Deutsches Turnfest 1923

Anläßlich des Deutschen Turnfestes wird in München auch eine Turn- und Sportausstellung veranstaltet, in der alle gewerblichen Erzeugnisse, die mit Turn- und Sportwesen in Beziehung stehen, zur Schau gebracht werden sollen. Dauer der Ausstellung ist voraussichtlich Anfang Juni bis Mitte August, um sie auch dem starken Fremdenbesuch zugängig zu machen.

•

Die Festkarte, gültig für alle Angehörigen der D.T. während des ganzen Festes, kostet ab 1. April 2000 M., für Nichtangehörige 2500 M. Angehörige von Mitgliedern der D.T., sowie Vereine, Verbände und Gewerkschaften erhalten diese Dauerkarte gegen Ausweis mit 20% Ermäßigung.

Die Ausgabe erfolgt für Mitglieder und Angehörige von Mitgliedern und für Nichtmitglieder der D.T. in der Geschäftsstelle, Häberlstr. 11. Für Gewerkschaften, Vereine usw. durch die Geschäftsstelle der Turn- und Sportausstellung, Theresienstr. 4 a.

Leichtathletik

Münchens Teilnehmer an der deutschen Waldlaufmeisterschaft, die Sonntags in Breslau durchgeführt wurde, konnten sich nicht durchsetzen. 1860 wurde im Mannschaftslaufen nur Dritter hinter Marathon Leipzig, die den 2. Platz belegten. Sieger war der Polizei-Sportverein Berlin, der Gewinner des Einzellaufs der Hamburger Husen, der die 10 **Kilometer** in 33:15,2 Min. bewältigte.

•

Die Gothenburger Olympischen Spiele sollen von den deutschen Leichtathleten beschickt werden. Daß nur die würdigsten Vertreter entsandt werden, ist selbstverständlich. Ebenso natürlich ist aber auch, daß es unseren Vertretern im Ausland an nichts fehlen darf, was die Leistungsfähigkeit irgendwie beeinflussen könnte. Geradezu beschämend war das Auftreten der Deutschen z. B. in London 1908, wo es in bezug auf Quartier und Ernährung am Notwendigsten fehlte, weil — die Mittel nicht zur Verfügung standen! Das darf sich bei der Wichtigkeit eines in jeder Beziehung einwandfreien Auftretens unserer Kämpfer nicht wiederholen. Der Staat wird Mittel gewähren, aber erst dann, wenn er sieht, daß die Verbände mit allen Mitteln versuchen, die Unterstützung weiter Kreise zu erlangen.

Pflicht jedes Sportlers und jedes Deutschen ist es deshalb, eine Kleinigkeit beizusteuern für die deutsche Mannschaft. Jeder, der sich an dieser Spende beteiligt, hat teil an dem Erfolg der Unseren, der bei richtiger Unterstützung nicht ausbleiben wird.

Spenden auf Bankkonto Auederer & Lang, München, oder Postscheckkonto der Deutschen Sportbehörde, München, Nr. 31 690, erbeten.

Fußball

Die Münchener Spiele.

• Das Privatspiel Wacker — Bayern, dem etwa 4—5000 auf dem Teutonia-Sportplatz anwohnten, endete unentschieden 2:2. Durch die naßkalte, ungünstige Witterung beeinflußt, hielt der Kampf nicht das, was man sich wohl allgemein von ihm erwartet hatte; Wacker in der Gesamtleistung besser; Bayern nur zeitenweise auf der Höhe. — F.V. Neuhausen hatte in letzter Minute ein Privatspiel mit M.T.V. 1879 vereinbart, das die Neuhausener mit 3:2 (Halbzeit 2:0) siegreich sah. — In den Frühjahrsspielen der beiden Lager gab es manch interessanten Kampf. M.S.V. schlug Turnerschaft 2:1, Pasing — A.S.C. 2:1, Teutonia Ref. gegen 1880 3:1, F.C. Laim — Neuhausen Ref. 3:0. — A.H.-Spiele: M.T.V. — Bayern 1:0, 1860 — Wacker 3:3.

Bayerischer Pokal.

Im Kampf um den Pokal des Süddeutschen Fußballverbandes fanden einige wichtige Spiele, auch im Bezirk Bayern, statt. — In Fürth hatte die dortige Meisterelf Spiel-Vgg. Fürth den Münchener T.Sp.V. 1860 zu Gaste, wozu etwa 8000 Interessenten erschienen waren. Fürth, mit Ersatz für Lohrmann und Hößer, konnte nach Kampf mit 3:1 den Sieg erringen. — 1. F.C. Nürnberg — 1. F.C. Bamberg 6:0; F.A. Schwaben Augsburg gegen Pfeil Nürnberg 2:0.

Meisterschaftskämpfe.

Um den Meistertitel der einzelnen Verbände gibt es derzeit allüberall hochwichtige Spiele. In Neunkirchen siegte im Spiel um die süddeutsche Meisterschaft der F.C. Borussia Neunkirchen gegen den F.Sp.V. Frankfurt 3:1; die westdeutsche Meisterschaft brachte die Zwischenrunde; in dieser gewann Arminia Bielefeld gegen Jahn Siegen 2:1, Union Düsseldorf gegen Sp.V. Duisburg 2:0. In Mitteldeutschland gewann V.f.B. Leipzig gegen Sp.V. 1901 Gotha 4:1, Ballspielverein Chemnitz gegen Plauener Concordia 2:1 und Sp.u.Sp.Vgg. Magdeburg gegen Borussia Halle 2:1. Norddeutschland brachte zwei Spiele: Hamburger Sportverein schlug Eintracht Hannover 4:1 und Union Hamburg siegte über Arminia Hannover 4:3.

Verschiedenes

Der Turner-Vereinskampf T.Vd. Freising: T.Sp.V. Neuhausen-Nymphenburg gewann die Mannschaft Freising mit 393:372 Punkten.

Münchener Hockey: M.T.V. 1879 gegen Wacker II 2:0, Teutonia gegen Jahn 1:0.

Handball: M.T.V. 79 — Armin 3:1, Pasing — Turnerbund 3:1.

•

Das Auslandstelegramm.

In Budapest siegte die Berliner Städteelf gegen Budapests Auswahlmannschaft mit 1:0, dem deutschen Fußball damit einen schönen Sieg erringend.

Aus der Bewegung

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Versammlungskalender

Die laufende Woche wird eine Werbewoche größten Stils werden. Als Anfang eines großen Propagandafeldzuges gegen die Lüge und die Verleumdung, mit der man die nationalsozialistische Bewegung aus der Welt schaffen zu können glaubt, wird unser Führer Adolf Hitler in zwei

Riesenversammlungen im Zirkus

einen Vortragszyklus beginnen mit dem Thema: „Entstehung und Programm der nationalsozialistischen Partei." Wir erwarten, daß unsere Freunde und Mitglieder die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, sich aus dem Munde unseres Führers selbst die Aufklärung über unsere Ziele zu holen, die man braucht, wenn man als Verkünder des Nationalsozialismus tätig sein will. Die Versammlungen, für deren Riesenbesuch zu werben die Pflicht eines jeden Nationalsozialisten ist, werden eine gewaltige Willenskundgebung der deutschen Freiheitsbewegung werden. Sie finden am

Dienstag, den 10., und Freitag, den 13. April,

statt. Etwaige sonst für diesen Tag angesagte Veranstaltungen der Partei in München finden nicht statt.

Sektionsversammlungen:

Dienstag, den 10. April, Sektionen Haidhausen-Bogenhausen, München-Süd, Neuhausen, Schwabing-Pinakothek. Sprechabende fallen aus. Die Mitglieder erscheinen geschlossen in der Massenkundgebung im Zirkus.

Mittwoch, 11. April, Sektion Westend, Versammlungslokal: Nebenzimmer des „Spatenkeller" (Landsbergerstraße). Redner Pg. Dr. Hans Buchner.

Auswärts:

Augsburg: Dienstag, 10. April, öffentliche Volksversammlung. Ref.: Dipl.-Ing. Gottfried Feder.

Freising: Dienstag, den 10. April, erweiterter Sprechabend im Parteilokal. Redner: Pg. Straßer, Landshut.

Nürnberg: Mittwoch, 11. April, öffentliche Volksversammlung. Ref.: Diplomingenieur Gottfried Feder.

Planegg: Mittwoch, den 11. April, abends ½8 Uhr, bei Bolm, Planegg, Sprechabend der Ortsgruppe. Redner: Pg. Stier, Frankfurt.

Ansbach: Donnerstag, 12. April, öffentliche Volksversammlung. Ref.: Diplomingenieur Feder.

*

Mitteilungen auswärtiger Ortsgruppen

Holzkirchen. Am letzten Sprechabend kam u. a. auch der „Fall" Maihöfner zur Sprache. Pg. Maihöfner hatte den ersten großen Sprechabend der O.G. Holzkirchen geleitet und war daraufhin von der sozialdemokratischen Zeitung „Bayerisches Wochenblatt" in der niederträchtigsten Weise beschimpft worden. U. a. wurde behauptet, Maihöfner sei eine in Schieberkreisen wohlbekannte Erscheinung. Obwohl Pg. Maihöfner keine Veranlassung gehabt hätte, den marxistischen Schmierfinken Rede und Antwort zu stehen, rechtfertigte er sich an der Hand von unwiderleglichen Tatsachen in der Weise, daß er in Schieberkreisen allerdings bekannt sei, aber nachweislich als Feind des Schieber- und Wuchergesindels. Im übrigen sei schon mehr wie ein solcher Volksausbeuter durch ihn zur Strecke gebracht worden. Damit ist die Angelegenheit für uns erledigt. Wir raten den roten Bonzen, in Zukunft mit ihren Verdächtigungen etwas vorsichtiger umzugehen, ansonsten uns doch einmal die Geduld reißt.

An die Polizeidirektion!

Wir teilen hiermit der Polizeidirektion mit, daß im Redaktionsgebäude der „Münchener Post" (Altheimereck 19) im ersten Stock an verschiedenen Wochentagen, insbesondere an Montagen, regelrechte Exerzierübungen mit Gewehr (Modell 98?) abgehalten werden. Die Teilnehmer an diesen Exerzierübungen sind durchweg junge Leute, die rote Armbinden tragen.

Da es sich hier zweifellos um eine Veranstaltung einer Verbindung handelt, deren Dasein, Verfassung und Zweck geheimgehalten werden soll (§ 128 RStrGB.), so fordern wir die Polizeidirektion auf, alles zu unternehmen, um die Teilnehmer dieser geheimen militärischen Verbindung zu ermitteln. Wahrscheinlich handelt es sich hier um militärische Übungen der unter dem Deckmantel „Sozialdemokratischer Versammlungsschutz" in Bildung begriffenen Roten Armee.

Der Mord in Regensburg

Mit einer Behendigkeit, die, wenn es gilt, unwahre Tatsachen in die Welt zu setzen, bei dem Blatt geradezu sprichwörtlich geworden ist, hat die Regensburger sozialbolschewistische „Volkswacht" behauptet, der Mörder des bei dem von dem sozialdemokratischen Stadtrat Froschhammer organisierten Bandenüberfalles einer nationalsozialistischen Versammlung ums Leben gekommenen Bahnarbeiters Stöckl sei ein Wachtmeister der Landespolizei.

Daß die „Münchener Post" bei der Weiterverbreitung dieser Verleumdung nicht fehlen durfte, ist eigentlich selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich als wie die unverschämte Art, in der das Blatt der Regensburger Polizei vorwirft, den von uns als sehr dürftig gekennzeichneten Polizeibericht über diese Vorfälle als „einseitige, tendenziöse Auslassung" abgefaßt zu haben.

Wir haben von Anfang an die Ansicht vertreten, daß als der eigentliche Mörder der durch die Organisation der Versammlungssprengung zum Urheber der unseligen Tat gewordene Stadtrat Froschhammer anzusprechen ist, ganz gleichgültig, wer dann das verhängnisvolle Verbrechen ausgeführt hat.

Aber auch diese Frage haben wir schon am Freitag geklärt, indem wir nachdrücklich betont haben: Die bolschewistischen Banditen wüteten derart, daß sie im Gedränge nicht einmal die eigenen Leute schonten. Diese unsere Behauptung wird jetzt durch eine offizielle Mitteilung des Regensburger Herrn Oberbürgermeisters erhärtet, die folgendermaßen lautet:

„Unter Bezugnahme auf die den Tatsachen nicht entsprechende irreführende Mitteilung in Nr. 78 der „Volkswacht" vom 6. April 1923 gebe ich bekannt, daß heute vormittag der Werkstättengehilfe Fritz Wagenpfeil unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft an der Tötung des Bahnarbeiters Stöckl auf Anordnung der Staatsanwaltschaft vorläufig festgenommen worden ist. Daß der bezichtigte Hauptwachtmeister Sehn oder ein sonstiger Angehöriger der Landespolizei nicht der Täter ist, steht bereits einwandfrei fest.

Regensburg, den 7. April 1923.
Stadtrat: gez. Hipp, Oberbürgermstr.

Wir sind gespannt, ob das Blatt am Altheimereck seinen Lesern die neueste Wendung in der Angelegenheit „Ein neues Blutopfer der Hitlerbanditen" in der von ihm so oft betonten journalistischen Wohlanständigkeit bekanntgeben wird.

Wie grundverlogen übrigens die von einer gewissen Presse, insbesondere den demokratischen „Regensburger Neuesten Nachr.", verbreiteten Berichte über „nationalsozialistische Provokationen und Ausschreitungen" sind, zeigt in bemerkenswerter Deutlichkeit eine Auslassung des „Regensburger Anzeigers", des in der letzten Zeit mehrfach unliebsam hervorgetretenen Blattes der Herren Held und Heim. Von diesem Blatt, mit dem die „Post" ähnlich wie mit dem „Bay. Kurier" doch in engster Waffenbruderschaft verbunden ist, kann man gewiß nicht behaupten, daß es einseitig zugunsten der Nationalsozialisten eingestellt ist. Und dennoch lesen wir dort folgendes:

„Wie übrigens von allen im Versammlungslokal anwesenden Angehörigen der Polizei übereinstimmend bestätigt wird, haben sich die zu einer Besprechung versammelten Nationalsozialisten an diesem Abend mustergültig und wohldiszipliniert verhalten. Über die Zusammensetzung der Versammlung wird übrigens berichtet, daß die Teilnehmer in der Mehrzahl ältere, gesetzte Leute waren, die den verschiedensten Ständen entstammen. Weder der Versammlungsleiter noch die Teilnehmer an der Versammlung hätten sich durch das Auftreten des Stadtrats Froschhammer und seiner Parteigänger in dem Sinne beeinflussen lassen, daß sie die Sozialdemokraten provoziert hätten."

Nach allen Feststellungen, die vor und während der Vorkommnisse in der Obermünsterbrauerei gemacht werden konnten, steht es außer allem Zweifel, daß Froschhammer und seine Gesinnungsgenossen eine wohl überlegte Störung oder Sprengung der Versammlung schon von vorneherein beabsichtigt hatten. Die ganze Art und Weise, wie die Dinge an diesem Abend aufgezäumt waren, läßt das klar erkennen. Die Linksparteiler hatten sich systematisch im allgemeinen Gastlokal der Obermünsterbrauerei festgesetzt, nach den gemachten Feststellungen waren eine größere Anzahl von Angehörigen der Linksparteien in der „Schillerlinde" versammelt und wurden von dort eigens herbeigeholt.

Da wir bestimmt annehmen, daß Herr Schweyer (Innenminister und Spezialist in der Behandlung von Landfriedensbrüchen u. dgl.) sein eigenes Organ, das Organ des linken Flügels der Bay. Volkspartei, besonders genau studieren wird und das darin Stehende als absolute Wahrheit, um nicht zu sagen Offenbarung, anerkennt, brauchen wir ihn wohl nicht erst aufzufordern, die Folgerungen aus den obigen Auslassungen zu ziehen.

Die „bedrohte" Pressefreiheit

In den Berliner bolschewistischen Judenblättern wird tausendfältig wai geschrien wegen der Verhaftung der Spitzelbrüder Puttkammer. Es sei unerhört, meinen die Börsenschmuls an der Spree, daß man Leute, die nichts anderes getan hätten, als „ihre Kenntnisse über die Tätigkeit der Hitlerschen Sturmkolonnen und des reaktionären Verschwörertums in dankenswerter Weise der deutschen Öffentlichkeit mitgeteilt zu haben", verhaftet hätte. Der „Vorwärts", in seiner Wut, zur Zeit keinen ordentlichen Spitzel in Bayern zu haben, gibt wenigstens unumwunden zu, daß die Puttkammer „sehr intime Kenner der bayerischen Verhältnisse" gewesen seien. Die Verhaftung aber sei ein so „eklatanter Schlag gegen die Freiheit der journalistischen Betätigung, daß wir erwarten, die gesamte deutsche Presse, welche Richtung sie auch immer einnehmen mag, werde gegen diese Verhaftung Einspruch erheben und die sofortige Freilassung der Berufskollegen fordern. Die Frage aber ist, was die Reichsregierung zu tun gedenkt, um die Provokation weitester deutscher Volkskreise durch die Münchener Polizei zu unterbinden."

Das ist ja recht sauber. Wenn also einer als Spitzel, noch deutlicher, als Spion tätig ist und, um seinen Brotgebern seine Existenzberechtigung zu beweisen, jeden Tag die niederträchtigsten Verlogenheiten und Schwindeleien, Tatsachenverdrehungen u. dgl. mitteilt, die dann diese Brotgeber, die Exponenten einer deutschfeindlichen Macht sind, der Öffentlichkeit mitteilen, und zwar in einer Weise, die Deutschland schwer schädigt, dann heißt man das nach dem „Vorwärts" „freie journalistische Betätigung". Wenn man aber zufälligerweise einmal einen derartigen Lumpen erwischt und ihn der verdienten Strafe zuführt, dann ist das nach dem „Vorwärts" eine Provokation weitester deutscher Volkskreise. Und die ganze Presse, gleich welcher Richtung, wird mobil gemacht, um die Freilassung der „Berufskollegen" durchzusetzen. Daß sich die Schriftleiter und Journalisten der Blätter, die diese Aktion mitmachen, damit auf die gleiche Stufe mit Spionen, Spitzeln, Schwindlern und Hochstaplern stellen und sich schamlos entwürdigen, merken sie scheinbar nicht, wundert uns aber nicht im geringsten. Wir haben sie schon längst als ebenbürtig erkannt. Wir möchten nur gerne wissen, was der „Vorwärts" und Blätter seiner Richtung, einschließlich der „Frankfurter Zeitung", sagen würde, wenn ein Rechtsstehender aus Bayern in Berlin in den Linksparteien als Spitzel sich betätigt hätte, entlarvt worden wäre und sich dann auf die Freiheit der journalistischen Betätigung berufen hätte.

Infame Lüge

Das Mitteilungsblatt für das Graphische Kartell Nürnberg-Fürth brachte kürzlich folgende Notiz:

„Achtung! Kollegen! Achtung!"

Die „Wahrheit", Freies Deutsches Wochenblatt, Organ der Deutschvölkischen in Berlin, brachte in einem größeren Artikel in ihrer Nr. 9 vom 3. März 1923 folgende Nachricht:

In Nürnberg wird das nationalsozialistische Organ „Der deutsche Volkswille" nachts ohne jedes Entgelt von nationalsozialistischen Arbeitern hergestellt, die tagsüber in Druckereien arbeiten."

An diese „Mitteilung" war die Aufforderung gerichtet, nachzuforschen und zu melden, wo diese Schandtat vor sich gehe.

Wir wandten uns sofort an die „Wahrheit" um Aufklärung, die denn prompt erfolgte und das erwartete Ergebnis hatte: Dieser Satz, der von vorn bis hinten eine Unwahrheit und gemeine Verdächtigung darstellt, stammt aus dem Munde des Herrn Rechtsanwalts Dr. Bernheim aus Nürnberg, und dieser hat ihn in einem Vortrag im Zentralverein Deutscher Staatsbürger zu Berlin gesprochen, über den die „Wahrheit" nur berichtet hat!

Wir wissen nicht, ob das „Mitteilungsblatt des Graphischen Kartells Nürnberg-Fürth" seine Notiz aus dritter Hand hat, oder ob der Verfasser selbst so leichtfertig war, aus dem Berichte in der „Wahrheit" die Lügen des Dr. Bernheim als eine Tatsachenmeldung der „Wahrheit" hinzustellen. Die Hetze bleibt dieselbe!

Es ist selbstverständlich, daß der „Volkswille" ordnungsgemäß bei Tage zu tarifmäßigen Löhnen hergestellt und bezahlt wird.

Dr. Bernheim ist natürlich Hebräer! Das erklärt alles. W. K.

Handel, Finanz- und Wirtschaftspolitik

Gewerkschaften am Scheideweg

Die Gewerkschaften sind die Berufsorganisationen der Arbeitnehmer. Als solche sind sie gegründet, als solche sind sie tätig, als solche sind sie anerkannt. Als Berufsorganisationen haben sie in erster Linie die Lohn- und Arbeitsbedingungen für ihren Beruf zu regeln, die Arbeitnehmer gegenüber den Arbeitgebern zu vertreten, die berechtigten Forderungen und Bestrebungen gegenüber den Arbeitgebern und mit den Arbeitgebern zur Verwirklichung zu bringen. **Das ist ein Aufgabengebiet, das in keiner Weise mit Klassenkampf und Klassenhaß etwas zu tun hat.** Die Frage ist nur, ob die heute als „Arbeitnehmer“ bezeichnete Kategorie wirklich „Arbeitnehmer“ sind, und ob die als „Arbeitgeber“ Auftretenden wirklich „Arbeitgeber“ sind.

Tatsache ist, daß die jetzt zwei Generationen umfassende Gewerkschaftsarbeit für die „Arbeitnehmer“ keine anhaltende Verbesserung gebracht hat, daß sie im Gegenteil immer wieder am Anfang ihrer Tätigkeit, der wirtschaftlichen Hebung und Besserstellung der Arbeitnehmer steht, eine Tatsache, die in der Notwendigkeit der sich immer schneller abspielenden Lohnbewegungen zu erkennen ist. Wenn noch vor zwei Jahrzehnten etwa zweijährige Lohnbewegungsperioden die Regel bildeten, so sind sie in der Vorkriegszeit schon zur einjährigen Periode geworden. Drehten sich die Lohnbewegungen in der Vorkriegszeit noch um 1 und 2 Pfennige in der Stunde, so kamen während des Krieges die halbjährigen Lohnbewegungsperioden und die Lohnforderungen mit 5 und 10 Pfennigen für die Stunde, um gleich nach dem Kriege und nach der „glorreichen Revolution“ den vierteljährlichen Lohnbewegungen mit Lohnforderungen von wenigstens 10 Pfennigen Platz zu machen. Im Jahre 1920 war der Übergang zu den monatlichen Lohnbewegungen mit Lohnforderungen und Lohnerhöhungen von 1 M. in der Stunde, welche 1921 auf 10 M. in der Stunde und 1922 auf 100 M. in der Stunde erhöht wurden, um schon der 14tägigen Lohnbewegung und Lohnangleichung Platz zu machen, zu der jetzt, 1923, die Lohnforderungen und Lohnerhöhungen von 1000 M. in der Stunde hinzukamen. Die Lohnbewegung ist aber noch lange nicht abgeschlossen.

Kein Wunder, daß in weiten Kreisen immer lebhafter ausgesprochen wird: „Die Nur-Lohnbewegung hilft der Arbeitnehmerschaft nichts, es muß der Hebel anderswo angesetzt werden.“

Hier stellen sich alle möglichen volkswirtschaftlichen Quacksalber und Kurpfuscher ein. Die einen kommen mit der Losung: Mehrarbeit, weg mit dem Achtstundentag (wenn sie diese Forderung noch etwas verzuckern wollen, um nicht direkt vor den Kopf zu stoßen, dann heißt es: weg mit dem schematischen Achtstundentag), die anderen mit der Forderung des Lohnabbaues, welche sie mit der sittlichen Forderung der größeren Sparsamkeit umkleiden; wieder andere kommen mit dem Mittel der staatlichen Preisfestsetzung, als wenn uns die Erfahrung nicht schon genugsam bewiesen hätte, daß dann eben durch die staatliche Preisfestsetzung der Preis staatlich immer erhöht (siehe z. B. Bauartikel, wie Ziegeleierzeugnisse und Zement) und so jeder Preis staatlich sanktioniert wird.

Wir leiden unter der verhängnisvollsten Begriffsverwirrung, welche die Wirtschaftsgeschichte kennt. Bezeichnungen, die einen Begriff darstellen sollen, werden heute auf wirtschaftlichem Gebiete angewandt, ohne daß auch nur einmal die Frage vorgelegt wird, ob jene noch den richtigen Begriff vom Wesen des Bezeichneten haben. So ist es mit den Begriffen „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“.

Der Begriff Arbeitgeber bezeichnet Unternehmer, die infolge der Natur der Sache oder des Umfanges des Unternehmens die Arbeit allein nicht zu bewältigen vermögen, sie also anderen zu verrichten geben. So muß dem Wesen nach ein Arbeitgeber zuerst Unternehmer sein. Was tritt uns aber heute unter der Bezeichnung Arbeitgeber entgegen? Sind jene, die wir heute unter der Bezeichnung „Arbeitgeber“ auftreten sehen, wirklich Arbeitgeber?

Heute treten uns Arbeitgeber gegenüber, deren Verhältnis zum Unternehmen zuerst geklärt werden muß. Unter „Gesellschafter“ im allgemeinen treten uns entgegen die „stillen Teilhaber“ bei der stillen Gesellschaft, „Kommanditisten“ bei der Kommanditgesellschaft, „Gesellschafter“ bei der Gesellschaft mit beschränkter Haftung, „Aktionär“ bei der Aktiengesellschaft, „Genossen“ bei der Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. **Das Verhältnis di[illegible] Gesellschafter zum Unternehmer aber ist das Verhältnis des Gläubigers zum Schuldner.** Die wesentlichsten Kennzeichen hierfür sind folgende:

Der Gläubiger arbeitet nicht selbst mit seinem Kapital, sondern leiht es anderen, die damit produktiv arbeiten. **Der Gesellschafter ebenso.**

Der Gläubiger hat kein Interesse an der Bestreitung des Aufwandes, der Sorge für die Erhaltung des Unternehmens zwecks Sicherung desselben als Arbeitsstätte, die für den Unternehmer Grundlage für die Nähr- und Wohnstätte ist. Der Gesellschafter ebenso.

Der Gläubiger hat nur ein Interesse am Unternehmen, insoweit es ihm eine Rente, Zinsen abwirft, und fordert die Unterordnung der Unternehmer unter dieses Ziel. Der Gesellschafter ebenso.

Der Gläubiger haftet nicht mit seinem sonstigen Vermögen für das Unternehmen, dem er Kapital geliehen hat. Der Gesellschafter ebenso.

Der Gläubiger haftet mit dem, was er aus dem Unternehmen unter dem gesetzlichen Rechtstitel „Zins“ gezogen hat, nicht mehr für das Unternehmen. Der Gesellschafter ebenso.

Der Gläubiger leiht das als Zins aus dem Unternehmen gezogene Kapital wieder als neues, zu verzinsendes Darlehen in ein Unternehmen, vielleicht wieder in dasselbe Unternehmen. Der Gesellschafter ebenso.

Der Gläubiger will nur vom Ertrag der produktiven Arbeit des Schuldners, dem er sein Kapital geliehen hat, leben und den Ertrag zu seinem Genuß verwenden durch die Verpflichtung, hohe Zinsen zu zahlen. Der Gesellschafter ebenso.

Es besteht also zwischen den Gesellschaftern und den Unternehmern kein anderes Verhältnis als zwischen dem Schuldner und dem Gläubiger, dem das Unternehmen Pfand ist, von dem er im Unvermögensfalle die Zinsen aufbringen, den Schuldner vertreiben kann, um es einem anderen Schuldner zu überlassen. Der Unterschied zwischen einem gewöhnlichen Gläubiger und einem Gesellschafter liegt nur darin, daß der Gesellschafter die letzte Hypothek am Unternehmen hat, mit der Bestimmung des Verzichtes auf den zeitlichen oder sachlichen Vorrang gegenüber weiteren, allenfalls auch zeitlich späteren Gläubigern.

Es besteht zwischen den Gesellschaftern und dem Unternehmen insbesondere kein Eigentumsrecht im naturrechtlichen Sinne. Die Eigentümer opfern unter Umständen den letzten Schmuck, das letzte Familienerbstück, um sich das Unternehmen zu erhalten, weil sie wissen, daß es für sie die Grundlage der Arbeits-, Nähr- und Wohnstätte ist, durch die es ihnen möglich ist, den Verlust später wieder zu decken, das Verlorene zu ersetzen. Eigentümer tragen das Risiko unbeschränkt, Gläubiger beschränkt insofern, als sie von Anfang an das Risiko beschränken und, wenn sie das Darlehen unter irgendwelchem Rechtstitel aus dem Unternehmen gezogen haben, überhaupt nichts mehr zu riskieren, sondern nur das Recht des weiteren Entzuges aus dem Unternehmen haben wollen. Von einem Verlust, einem Risiko kann doch nur dann gesprochen werden, wenn jemand etwas verliert, was er schon hatte, oder das, was er hat, riskiert; nicht aber kann von einem Verlust, von Tragen eines Risikos gesprochen werden, wenn jemand darauf wartet, ob es ihm möglich ist, sich beim Teilen des Arbeitsertrages anderer zu beteiligen.

Es besteht weiterhin zwischen den Gesellschaftern und dem Unternehmen nicht das Verhältnis eines Unternehmers zu seinem Unternehmen, weil die Hälfte der Gesellschafter erfahrungsgemäß gar nicht in der Lage wäre, durch eigene produktive Arbeit mit ihrem Kapital das Unternehmen auf die Dauer zu erhalten.

Es ist eine Ironie, wenn nachgewiesen wird, daß der einfache Mann aus dem Volk nicht in der Lage sein soll, in öffentlichen Angelegenheiten des politischen Lebens mitzusprechen, öffentliche Staatsämter beruflich oder ehrenamtlich zu bekleiden, in derselben Zeit, in der Gläubiger-Gesellschafter „Unternehmer“ spielen, obwohl sie nicht einmal Zuckerrüben von Dotschen unterscheiden können, aber trotzdem über Zuckerproduktion zu bestimmen haben; wenn sie über die Schuhproduktion zu bestimmen haben, obwohl sie von derselben nichts verstehen als die Bequemlichkeit des Schuhes, den sie am Fuß tragen; wenn sie über die Ziegelproduktion zu bestimmen haben, obwohl sie sonst nichts wissen, als daß zur Ziegelproduktion Lehm und Feuer notwendig ist.

Dabei sorgte eine pseudoliberale Wissenschaft für die Verbreitung der irreführenden Meinung, daß die „Kapitalbeteiligung“ es ist, die dem Wesen und dem Begriff des Unternehmers genügt, mit dem Lehrsatz, daß das Kapital arbeite. Das Kapital ist ein totes und willenloses Ding, kann also gar nicht arbeiten. Es ist aber ein unentbehrliches Hilfsmittel zur produktiven Arbeit, gleichgültig, ob es in der konzentrierten Form des Geldkapitals, als welches es erst in die verwertbare Form des Sachenkapitals umgewandelt werden muß, oder ob es in der direkt verwertbaren Form des Sachenkapitals vorhanden ist. Eine Irreführung ist die Behauptung, daß Kapital und Arbeit ebenbürtig seien oder das Kapital über der Arbeit steht. Der Mensch kann Kapital schaffen durch seine Arbeit; das Kapital kann keine Menschen schaffen, also auch keine Arbeitskraft.

Wenn nun der eine Kapital hat und der andere hat nur Arbeitskraft, so ist es schlechtweg sonst nichts als eine volkswirtschaftliche Verirrung und Irreführung, von „Kapitalbeteiligung“ zu sprechen, damit das Kapital mit der Arbeit als gleichwertig hinzustellen. Es ist eine Verirrung und Irreführung deshalb, weil klar ist, daß die als „Kapitalbeteiligung“ bezeichnete Verwendung des Kapitals dem Darlehensverhältnis und nicht dem Unternehmerverhältnis entspricht.

Hier liegt der Irrweg, den unsere Gewerkschaften, befangen von unserer, durch die marxistisch-sozialistische Theorie beeinflußten Volkswirtschaftslehre, gehen. Das ist der Irrweg, der unsere Gewerkschaften dauernd um den Erfolg bringt, vom Ziele ablenkt, sie immer auf ihren Ausgangspunkt zurückwirft. Das ist der Irrweg, auf den unsere Gewerkschaften von Anfang an geschoben wurden, daß die bezeichneten Gesellschafter als „Unternehmer“ und „Arbeitgeber“ betrachtet und behandelt werden, obwohl es sich um Gläubiger handelt, daß die produktiv Arbeitenden als „Arbeitnehmer“ bezeichnet und behandelt werden, obwohl es sich um die unbeschränkt Zinsen aufbringenden Schuldner handelt.

Dabei haben es die Gläubiger-Gesellschaften verstanden, eine Menge Ahnungsloser in ihre Reihen aufzunehmen und ihnen eine Eigenschaft, als wenn sie dadurch Unternehmer und Arbeitgeber geworden wären, vorzutäuschen, dadurch diese Ahnungslosen als beste Schutzgarde, als die Bauernfiguren auf dem Schachbrett des Wuchers zu verwenden. So heißt es z. B. im Geschäftsbericht der Deutschen Bank von 1920:

„Der Aktienbesitz ist in Deutschland in der Hauptsache nicht in den Händen des Großkapitals, er verteilt sich vielmehr auf sehr breite Schichten der Bevölkerung, die daran nur festhalten können, wenn er ihnen einen auskömmlichen Ertrag bringt. Nach unseren Feststellungen über die Verteilung der Aktien unserer Bank kann auf den einzelnen Aktionär durchschnittlich ein Besitz von nicht mehr als 9000 M. Nennwert angenommen werden.“

Das Unternehmen „Deutsche Bank“ gehört einer juristischen Person. 1920 betrug das Aktienkapital nominell 275 Millionen Mark, wovon „durchschnittlich“ auf einen Aktionär 9000 M. treffen sollen. Das wären also etwa 30 555 Aktionäre. Nach demselben Geschäftsbericht zählte die „Deutsche Bank“ 17 808 Angestellte. Somit trafen auf einen Angestellten durchschnittlich rund 15 440 M. Aktien-Leihkapital, wofür er die Verzinsung aufzubringen hatte, trafen auf einen Angestellten 1,7 Aktionäre, für die er die Verzinsung aufzubringen hatte. Wer ist nun Unternehmer und Arbeitgeber? Kann da wirklich noch von einem Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverhältnis gesprochen werden, wie es heute landläufig geschieht? So ist die „Durchschnittsberechnung“. In Wirklichkeit liegen aber die Dinge so, daß die Durchschnittsverteilung der Aktien anders ist. Z. B. befanden sich von den 275 Millionen Mark der Deutschen Bank wenigstens 200 Millionen Mark in den Händen von höchstens 555 Aktionären und nur 75 Millionen Mark in den Händen von 30 000 Aktionären aus den breiten Schichten der Bevölkerung.

Es ist das ein typisches Beispiel, das zeigt, wie es die bewußten Vertreter und Förderer des modernen Wuchersystems in der Zeit der letzten zwei Menschenalter verstanden haben das Volk irrezuführen. Es liegt eine unheimliche Folgerichtigkeit in diesem Vorgehen. Regierungen und Parlamente standen seit langem und stehen heute erst recht in diesem Dienste.

(Schluß folgt.)

Wirtschaftsrundschau

Wirtschaftslage in Franken

Die Handelskammer für Oberfranken gibt im Märzbericht u. a. folgendes bekannt: Das typische Merkmal der Geschäftslage während des Berichtsmonats war ausgesprochene Stille. Die schon im Februar deutlich beobachtete Unlust der Abnehmerschaft, Geschäftsabschlüsse zu tätigen, hat sich im März noch gesteigert. In der gesamten Industrie herrscht Mangel an Aufträgen. Betriebseinschränkungen sind überall an der Tagesordnung. Zahlreiche Exportwege sind der Industrie wegen der zu hohen Erzeugungskosten gesperrt. Das gesamte Wirtschaftsleben krankt an den Folgen der Währungszerrüttung, der jahrelangen falschen Tarifpolitik der Verkehrsanstalten, der ebenso verkehrten Steuerpolitik sowie der die verschiedenen Arbeitsleistungen völlig ungenügend würdigenden Lohntarifpolitik. Der Handel zeigt das Bild auffallender Stille. Im Textil-Groß- wie -Einzelhandel hat sich die allgemeine Zurückhaltung der Verbraucher weiter verschlechtert. Das Publikum wartet nach wie vor auf den ersehnten Preissturz der Ware. Der Baumaterialienhandel liegt außerordentlich ruhig.

Goldankaufspreis

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres unverändert zum Preise von 85 000 M. für ein 20-Mark-Stück, 42 500 M. für ein 10-Mark-Stück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres unverändert zum 1500fachen Betrage des Nennwertes.

Preisbewegung

Der Verbraucherpreis für gerösteten Kaffee wird vom Verein der Kaffee-Großröster und -Händler, Sitz Hamburg, heute offiziell mit 12 400 bis 13 300 Mark für ½ Kilo je nach Qualität notiert.

Nach den Feststellungen der Preisnotierungskommission für Kartoffeln in München wurden in der abgelaufenen Woche vom 2.—7. April folgende Preise für Speisekartoffeln bezahlt: In Oberbayern 2500—2200, in Niederbayern 2400—2000, in der Oberpfalz 2500 bis 2000, in Schwaben 2600—2400, in Unterfranken 2200 M. Vorstehende Erzeugerpreise verstehen sich pro Zentner ab Verladestation.

Die durch Bekanntmachung der Rohstoffwirtschaftsstelle vom 24. Februar 1923 festgesetzten Richtpreise für Ziegeleierzeugnisse und Kalksandsteine können trotz der Ermäßigung der Kohlenpreise vorerst nicht herabgesetzt werden, da eine beträchtliche Erhöhung der Löhne mit Rückwirkung vom 2. März 1923 auf Grund eines vom Ministerium für Soziale Fürsorge für verbindlich erklärten Schiedsspruches eingetreten ist.

Warenmarkt

München, 9. April. Auf dem heutigen Lebendviehgroßmarkte waren 24 Mastrinder aus Dänemark, 2 Bullen und 22 Kühe, eingetroffen und bald ausverkauft, obwohl die geforderten Preise sich teilweise nicht unbeträchtlich über die Konjunkturpreise der vorigen Woche erhoben hatten. Der Qualität nach war eine Hälfte gute Normalware, die andere von geradezu hervorragender Beschaffenheit. Letztere wurde trotz der hohen Preise viel schneller ausverkauft als erstere. Für nächsten Mittwoch steht eine weitere Sendung von 24 Mastrindern aus Dänemark bevor. Auf dem gleichzeitigen Fleischgroßmarkte war trotz des nur sehr geringen Vorrates von 59 Rindervierteln Frischfleisch und 58 Rindervierteln argentinisches Gefrierfleisch der Geschäftsgang sehr zurückhaltend, so daß selbst von diesem geringen Vorrat Restbestände blieben. Angesichts der gestiegenen Lebendviehpreise in der Vorwoche waren auch die Frischfleischvorräte entsprechend erhöht. Diese bewegten sich je nach Qualität zwischen 3000 und 3300 M. das Pfund; für Gefrierfleisch, das diesmal von geradezu hervorragender Beschaffenheit und vom Frischfleisch kaum zu unterscheiden war, zwischen 2500 und 2600 M.

Berlin, 9. April. Amtliche Produktenbörse. Weizen, märkischer 52—53 500; pommerscher 51 500. — Roggen, märkischer 43—43 500. — Gerste: Sommergerste, märkische 38—38 000. — Hafer, märkischer 38 bis 39 000; pommerscher 37—38 500. — Mais: La Plata ohne Provenienzangabe loco Berlin 46—47 000; waggonfrei ab Hamburg 42 500—43 000. — Weizenmehl 132—148 000. — Roggenmehl 120—133 000. — Weizenkleie 28 000. — Roggenkleie 26 000. — Raps 85—90 000. — Leinsaat 85—90 000. — Viktoriaerbsen 68 000—70 000. — Kleine Speiseerbsen 50—55 000. — Peluschken 60—65 000. — Ackerbohnen 40—45 000. — Wicken 55—70 000. — Seradella 90—100 000. — Rapskuchen 31—32 000. — Leinkuchen 50—55 000. — Trockenschnitzel 14—14 500. — Zuckerschnitzel 21—22 000. — Torfmelasse 13 500 bis 14 500 M.

Nichtamtliche Rauhfutternotierungen. Weizen- und Roggenstroh, drahtgepreßt 14—16 000. — Haferstroh 10 500—12 500. — Gebündeltes Roggenlangstroh 14 500—15 500. — Heu, gutes 15—17 000. — Heu, handelsüblich 13—15 000 M.

Kurse

München, 9. April. Münchner Noten. Dollar 21 150 g, 21 190 b; Österreich 2940 g; 2950 g; Ungarn 430 g; Tschechen 627 g; Rumänien 96 g; Belgien 1190 g; Frankreich 1395 b; Italien 1055 b; England 98 450 b; Belgrad 20 b; Agram 51; Holland 8290 g; Spanien 3175; Kopenhagen 3975; Stockholm 5575; Christiania 3775; Schweiz 3850 g.

Berlin, den 9. April 1923. Devisenkurse.

	9. 4. Geld	9. 4. Brief	7. 4. [illegible]
Amsterd.-Rd. 1 Fl.	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Buen. Air. 1 Pes.	7706,[illegible]	7744,[illegible]	7718,15
Brüss.-Ant. 1 Fr.	1219,44	1225,[illegible]	1201,[illegible]
Christiania 1 Kr.	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Kopenhag. 1 Kr.	4009,[illegible]	[illegible]	[illegible]
Stockholm 1 Kr.	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Helsingf. 1 fin. M.	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Italien 1 Lira	1046,37	[illegible]	1046,37
Lond. 1 Pfd. St.	97879,[illegible]	[illegible]	[illegible]
New York 1 Dollar	21 077,17	[illegible]	[illegible]
Paris 1 Frcs.	1416,45	[illegible]	[illegible]
Schweiz 1 Frcs.	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Spanien 1 Pes.	3419,[illegible]	[illegible]	[illegible]
Japan 1 Yen	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Rio 1 Milreis	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Wien 100 Kr.	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Prag 1 Kr.	[illegible]	631,[illegible]	[illegible]
Agram 1 Dinar	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Budapest 1 Kr.	4,72	4,76	4,73
Sofia 1 Lewa	[illegible]	[illegible]	[illegible]

Berlin, den 9. April 1923. Noten.

	9. 4. Geld	9. 4. Brief	7. 4. [illegible]
Amerik. Noten	21171,[illegible]	[illegible]	21107,15
Belgische "	1191,[illegible]	[illegible]	1197,—
Englische "	98004,25	[illegible]	[illegible]
Französische "	1418,[illegible]	1430,[illegible]	[illegible]
Italienische "	1046,[illegible]	1054,[illegible]	1047,[illegible]
Rumänische "	99,—	99,[illegible]	97,25
Schweizer "	3850,25	3860,65	[illegible]
Türkische "	—	—	—
Tschechische "	[illegible]	630,10	627,15
Österr. alte "	[illegible]	[illegible]	[illegible]
" abgest. "	29,[illegible]	29,25	[illegible]
" neue 100er	—	—	—
Polnische Noten	[illegible]	—	[illegible]
Ungarische "	4,[illegible]	4,[illegible]	4,[illegible]
Holländische "	[illegible]	[illegible]	[illegible]

München, 9. April. Münchener Freiverkehrskurse. Adler Pen. 5800 B, 6000 b; Amperkraft 5700 b, 5800 b; Ansb. Mot. 8900—9200 b; Barbarino jg. 4000 B; Bayer. Lloyd 15 000 g, 16 000 B; Bayer. Terrain 4000 g; Bayer. Torf 6700 b; Bergina 7500 b, 7800 b; Bruckmann Verl. jg. 18 750 b; Chem. Buchner 12 500 b; Danubia 15 500 b, 14 000 g; Deutsche Spiegelglas 12 000 g; D. Wald und Holz 11 500 b; Emelka 7000 b; Fichtelgold 4800 b, 4500 b; Großweiler Braunk. 24 000 g; 5000 B; Gunzenh. Nähm. 9100 g; Hagen Bergbau 7500 g; Hansabank 1800 g, jg. 1650 b; Hanfer & Sobotta 3800 b, 3700 b; Inag. 16 250 b; Isaria 17 500 B; Kiefersfelden 2225 b; Kunreuther 22 000 b; Landesgen. Bank 2800 B; Lech junge 9500 b; Mars 9500 b; Metallyt 8300 g ex Bz; Nordost Terrain 2800 g; Papier Neumühle 14 500 b; Progreß 4500 b; Silva 9800 b; Südbureau 1450 b, 1550 b; Südmetall 4600 b, 4800 b.

Augsburger Kurse vom 9. April 1923

[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]
Hammerschm. Spinnerei	[illegible]
Baum. Kunstlerwerke	[illegible]
Aug. Riedinger Ballonfabrik	[illegible]
[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]

München-Dachauer Papierfabriken, A.-G., München. In der ordentl. Generalversammlung wurden die von der Verwaltung gestellten Anträge einstimmig genehmigt. Aus dem Jahresgewinn 1922 gelangt eine Dividende von 500 M. für eine Aktie zur Auszahlung. Ferner wurde antragsgemäß beschlossen, das Grundkapital von 32 820 000 M. auf 75 750 000 M. durch Ausgabe von 43 000 Stück neuer, auf den Namen lautenden Stammaktien von je 1000 M. Nennwert und 2150 Stück neuer Vorzugsaktien zu je 200 Mark Nennwert mit 20fachem Stimmrecht und 6% bevorzugter, aber beschränkter Dividende zu erhöhen. Von den 43 000 Stück neuen Stammaktien werden durch das Bankhaus Merck, Finck & Co. 32 000 Stück den Aktionären im Verhältnis von einer alten zu einer neuen Aktie zum Kurse von 3500% angeboten. Die 2150 Stück neuen Vorzugsaktien übernehmen Merck, Finck & Co. in gleicher Weise.

Hauptschriftleiter und verantwortlich für Politik: Alfred Rosenberg; für Bayerische Rundschau und Kommunales: Joseph Stolzing-Cerny; für den wirtschaftlichen Teil: Dr. H. Buchner; Kunst und Wissenschaft: Karl Friedrich Weiß; für Bewegung: H. Esser; für den Anzeigenteil: Joseph Huber. Verlag: Franz Ehers Nachfolger. — Rotationsdruck: Münchener Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn. Sämtliche in München.